

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Brief-Pränumeration:
Bieterschritt 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
insgesamt 33 M., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Kolonnen-
breite oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gemeinnützige Anzeigen.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 8. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Aufmarsch stärkerer italienischer Kräfte am Isonzo.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. Juni 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am Ostrand der Lorettöhöhe erneuerten die Franzosen in den Nachmittags- und
Abendstunden ihre Angriffe, die in unserem Feuer völlig zusammenbrachen. Weitere An-
griffsversuche in der Nacht wurden im Keime erstickt.

Südöstlich Hebuterne (östlich Doullens) griff der Feind heute morgen erfolglos
an. Der Kampf ist dort noch nicht abgeschlossen.

Ein breiter französischer Angriff nordwestlich Moulin sous Touvent (nord-
westlich von Soissons) wurde größtenteils sofort abgewiesen, nur an einer Stelle er-
reichte er unsere vordersten Gräben, um die noch gekämpft wird. Unsere Stellung bei
Banquois südöstlich von Varennes wurde gestern abend angegriffen. Trotz An-
wendung von Brandbomben, die unsere Gräben mit einer leichtbrennenden Flüssigkeit
überzogen, gelang es den Franzosen nicht, in unsere Stellung einzudringen. Mit schweren
Verlusten stutete der Feind in seine Gräben zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich Kurfshany erzwang unsere Kavallerie den Uebergang über die Windau
und stieß in südöstlicher Richtung vor. Südöstlich Kurtowiany und in der Gegend östlich
Sawdyniki machte unsere Offensive gute Fortschritte, weitere 3340 Gefangene
und 10 Maschinengewehre fielen dabei in unsere Hand.

Südlich des Njemen wurde das Flußufer bis zur Linie Tolauje-Sapie-
zhyzi vom Feinde gesäubert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den Kämpfen um Przemysl wurden 33805 Gefangene gemacht.

Westlich Przemysl setzten die verbündeten Truppen ihre erfolgreichen Kämpfe fort
und warfen den Feind nordwestlich Moscisla auf die Wisznia zurück.

Teile der Armee des Generals von Linzingen haben bei Zurawno den Dnjestr
überschritten und die Höhen auf dem nordöstlichen Ufer erstürmt. Weiter südlich hat
die Verfolgung die Linie Nowica-Kalusz-Tomaszowce erreicht. Die Beute ist
hier auf über 13000 Gefangene gestiegen.

Oberste Heeresleitung.

Deutsche Marineluftschiffe über
englischen Dockanlagen.

Amtlich. Berlin, 7. Juni. (W. T. B.) In der Nacht
vom 6. zum 7. Juni führten unsere Marineluftschiffe erfolgreiche
Angriffe gegen die Docks von Kingston und Grimsby am
Humber aus. Sie kehrten trotz starker Beschädigung unbeschädigt zurück.
Der Stellvertretende Chef des Admiralstabes,
gez. Behnke.

London, 7. Juni. (W. T. B.) Die Admiralität
meldet: Sonntagnacht besuchte ein Zeppelin die Ostküste und
warf Brandbomben und Explosionsbomben ab, die an zwei
Stellen Brände verursachten. Fünf Menschen wurden
getötet, vierzig verwundet.

Die österreichischen Generalstabsberichte.

Wien, 7. Juni. (W. T. B.) Amtlich wird verlaut-
bart, 7. Juni 1915 mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Nach der schweren Niederlage bei Przemysl richtete die
russische Heeresleitung in den letzten Tagen heftige An-
strengungen gegen unsere Stellungen an der Pruthlinie,
um hier einen gewaltsamen Durchbruch zu erzwingen; nament-
lich gegen den Raum K o l o m e a - D e l a t y n warf der Feind
immer neue Massen in die Schlacht. Während alle diese Vor-

stöße an der zähen Tapferkeit der Armee des Freiherrn
v. Pflanzer-Baltin unter ungeheuren Verlusten der Russen
scheiterten, rückten von Westen her die unter Befehl des Generals
v. Linzingen stehenden verbündeten Streitkräfte heran.
Gestern nahmen sie Kalusz, die Gegend nördlich dieser Stadt
und die Höhen am linken Dnjestr-Ufer, nördlich
Zurawno in Besitz. Zwischen der Radwornaer
Bystryca und der Lomnica schlossen sich unsere Truppen dem
Angriffe an.

Die Kämpfe östlich Przemysl und Jaroslaw
dauern fort. Nördlich Moscisla mußte der Feind aus Czerni-
niawa weichen. Vereinzelt kraftlose Gegenstöße der Russen
brachen zusammen.

Bei Przemysl fielen seit 1. Juni 33805 Gefangene
in die Hände der Sieger.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Tiroler Grenzgebiete wirkte unsere Artillerie
mit sichtlichem Erfolge. - An der kärntnerischen
Grenze östlich des Hoedenpasses eroberten unsere Truppen
gestern den Freikofel zurück, den der Feind vorübergehend
gewonnen hatte.

Im Kruggebiete wird weiter gekämpft. Die Italiener
mußten die Ortschaft Krn räumen. An den Isonzo
schicht sich der Gegner stellenweise näher
heran.

Balkanriegsschauplatz.

Auf dem Balkankriegsschauplatz herrscht, von
einzelnen Plänkelleien an der Grenze abgesehen, Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefler, Feldmarschallsleutnant.

Das Risiko der rumänischen
Oligarchie.

Die „Kölnische Zeitung“ brachte am Freitag (Nr. 557)
einen Artikel mit der Ueberschrift „Risiko“, worin sie den
rumänischen Staatsmännern und Politikern in sehr einseitigen
Worten vorhielt, wie bedenklich und gefährlich es für Rumänien
sei, wenn es sich auf die Seite des Vierverbandes stelle. Am Sonn-
tag (Nr. 568) veröffentlicht die „Kölnische Zeitung“ dazu eine
Zuschrift, die ihr „von besonderer Seite“ zugeht. Darin
heißt es, daß ein nicht geringer Teil der rumänischen
Oligarchie bereit sei, gänzlich in das russische Lager
überzugehen. Schon zu der Zeit, als die Türkei noch
neutral gewesen sei, habe die rumänische „Neutralität“ den freien
Verkehr zwischen dem Zweibunde und der Türkei verhindert. Wenn
solche Verhältnisse dauernd werden sollten, habe Deutschland und
Österreich kein Interesse mehr an der ferneren Erhaltung Rumäniens
und für ein festgelegtes Zentraleuropa habe Rumänien höchstens den
Wert eines Kompensationsobjektes, denn mit der Niederlage Deutsch-
lands wären auch seine wirtschaftlichen Interessen in Rumänien zu
Ende. Die „Kölnische Zeitung“ fragt sodann, was aus Rumänien
werde, wenn es an der Seite des Vierverbandes mitbesiegt werde.
Es sei wertvoll zu wissen, ob die rumänische Oligarchie sich diese
Frage wohl einmal ernstlich vorgelegt habe:

Wir glauben es kaum. Anergogener Optimismus, der Glaube
an etwaige Rücksichtnahme auf das in solchen Fällen „deutsche“
Königshaus, deutsche wirtschaftliche Interessen, das sind vielleicht
die Erwägungen, die über etwaige schwarze Gedanken hinweg-
helfen, und doch könnten diese Gedanken gerade der Mi-
tglieder der Oligarchie, der so hochbezahlten
Advokaten, der so unendlich zahlreichen Pro-
fessoren, der Inhaber der so mancherlei
Einkünfte, so mancher noch schlimmeren Para-
sitin und selbst vieler Großgrundbesitzer gar
nicht schwarz genug sein. Denn der friedliche Hand-
werker, der arbeitsame Bauer, der geschickte
Arbeiter würden auch den Zusammenbruch des
heutigen Rumäniens ohne wirtschaftlichen und
kulturellen Schaden überdauern, aber die Oli-
garchie würde mit einem Schlage hinweg-
gefegt, politisch und dadurch auch wirtschaft-
lich vernichtet werden, weil die Politik die Grundlage ihrer
wirtschaftlichen Existenz ist.“

Die „Kölnische Zeitung“ rät deshalb der rumänischen Oligarchie,
sich in letzter Stunde nochmals zu überlegen, nach welcher Seite sie
sich neigen will. Es handle sich nicht um entfernte Gefahren,
denn „das Schicksal will, daß diejenigen, die heute einen Entschluß
fassen, noch an ihrem eigenen Leibe und in ihrem
eigenen Leben die furchtbaren Folgen eines
falschen Entschlusses zu spüren haben werden.“

Nach der Auffassung der „Kölnischen Zeitung“ müßten demnach
für die Oligarchien mancher Länder und für alle diejenigen, die sich
eines „falschen Entschlusses“ schuldig gemacht haben, dereinst böse
Tage andrehen, denn, wie das Blatt sagt: das Schicksal will es!

Der italienische Krieg.

Bericht des italienischen Admiralstabes.

Rom, 6. Juni. (W. T. B.) Meldung der Agenzia Stefani.
Der Chef des Admiralstabes teilt mit: Unsere See-
streitkräfte haben am 5. Juni mehrere Unternehmungen gegen
den Feind in der mittleren und der unteren
Adria ausgeführt. Sie zerschnitten ein Fernsprechlablet, das
die Inseln des dalmatischen Archipels verbindet und zer-
störten sechs Leuchttürme und Semaphor-
anlagen, bombardierten und beschädigten schwer die
Eisenbahnlinie zwischen Cattaro und Ra-
gusa. Einer unserer Torpedojäger, der am gleichen Tage
in der oberen Adria ohne Erfolg von einem österreichisch-
ungarischen Flugzeug angegriffen wurde, beschloß erneut
Monfalcone und versenkte drei mit Waren beladene
Barken. Größere Schiffe, die den Torpedojäger unterstützten,
kreuzten in denselben Gewässern, ohne den Feind zu sehen.

(gez.) Thaon de Revel.

Beschließung dalmatinischer Küstenorte durch italienische Kreuzer.

Wien, 7. Juni. (B. Z. V.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Am 5. Juni erschienen einige italienische Kreuzer und Zerstörer in den dalmatinischen Gewässern. Das Ziel der feindlichen Unternehmung war die Beschließung der Eisenbahn bei Mihanice, Lissa, Lagosta und Cassa. Die beschlossenen Objekte erlitten nur leichte Beschädigungen.

Italienisch-österreichische Grenzgefechte.

Wien, 7. Juni. (B. Z. V.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Es ist nicht leicht, allen Heldentaten, die in den amtlichen italienischen Berichten gemeldet wurden, auf den Grund zu geben; selbst wenn man die betreffenden Vorgänge kennt, wird es schwer, sie mit den italienischen Meldungen zu identifizieren. So meldet am 29. Mai der italienische Generalstab: Am 26. Mai schlugen an der Forcella di Sabarelo bei Mirurina Abteilungen Alpenjäger in kraftvoller Offensive zwei feindliche Kompagnien in die Flucht. Die Sache trug sich selbstverständlich ganz anders zu: Auf der Forcella di Sabarelo hatte sich italienische Artillerie mit Infanterie eingesetzt; als sie jedoch von der österreichischen Artillerie unter Feuer genommen wurde, räumte die ganze italienische Abteilung die Dertlichkeit außer einigen Toten. Es blieb kein Italiener zurück, wie unsere Infanterie sich überzeugen konnte, die um 9 Uhr abends das verlassene Gebiet durchsuchte — sie blieb etwa eine Stunde auf der Forcella und rückte näher in die alte Stellung auf der Loblinger Wiese, um sich keiner nächtlichen Umgehung auszuweichen. Die Italiener besetzten später wieder die Forcella. Die Gesamtsumme der italienischen Verluste infolge unserer Artilleriewirkung betrug, wie die vorgeschobenen Artilleriebeobachter in völlig einwandfreier Weise feststellten, 50 bis 60 Mann. Die Verwundeten und einige Neigungslose wurden weggeschafft; die Toten blieben liegen. Unser Kampferlust betrug 4 Tote und 5 Verwundete.

Zu dem gleichen Bericht wird gemeldet, daß italienische Infanterie verstoßen durch Finanzwache und Artillerie von Peri auf beiden Ecken gegen Ala vordrückte, das Dorf Sikkante eroberte und Ala ständig besetzte. Der Kampf dauerte von mittags bis abends. Die Verluste wären leicht gewesen. Die Einnahme des Ortes Ala trug sich folgendermaßen zu: Knapp nördlich des Ortes standen zur Beobachtung des Eistales beiderseits des Flußlaufes Gendarmen, Finanzwächter und deren Landsturmmassenzüge aus Ala, Borghetto, Vio Seghe und Madonna della Rue. Die Streitmacht betrug genau 161 Mann. Um 6 Uhr früh sah man von der Grenze drei Kolonnen vordringen, zwei Kompagnien und zwei Geschütze im Tal beiderseits der Eise, zwei Kompagnien vom Wirtshaus Segae durch La Fredda und eine stärkere Kolonne, etwa ein Bataillon mit einer Maschinengewehrabteilung, einer Gebirgsbatterie und zwei Feldgeschützen, über Malga Foppiana gegen die Kirche von Ala. Um 8 Uhr 30 Minuten stand der Feind bei San Pietro und eröffnete ein heftiges Artilleriefeuer. Trotz dieser Unterstützung zögerte die italienische Infanterie mit der Vorrückung. Es wurde mittags, bevor sie endlich in das unverteidigte Ala einrückte. Bekanntlich erbeutete sie dort als Trophäen ein Schild mit dem Adler des Finanzpostens und eine Infanterieflagge, die ins Landesinnere gesendet wurden. Um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags entdeckten die Italiener die Stellung unseres Grenzhauses und überschütteten sie mit Schrapnell. Um 5 Uhr legte die Infanterie zum Angriff an. Angesichts der vielfachen Hebermacht trat unsere Grenzschutzabteilung in Ruhe und Ordnung den Rückzug an, während dessen sie heftig beschossen wurde. Unser Verlust betrug einen Toten und zwei Schwerverwundete, zwei Infanteristen vom 128. italienischen Infanterieregiment wurden als Gefangene mitgenommen.

Wien, 7. Juni. (B. Z. V.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Wie sehr die amtlichen italienischen Communiqués mehr zur Stimmungsmache neigen als zur klaren präzisen Feststellung der tatsächlichen Geschehnisse, zeigt die amtliche Meldung vom 3. Juni, die erzählt: „Der König fährt fortwährend die Front ab und erfährt hierbei unter vielen anderen für den hohen Geist, die prachtvolle Haltung, weise Fähigkeit, Begeisterung, Disziplin und Unverwundbarkeit aller Truppen zeugenden Episoden auch nachstehende glänzende Tat des Alpini-Bataillons Tronero am Basse Valle Inferno: Der Unterleutnant der Reserve Ciochine griff mit seiner Abteilung nachts die mit überlegenen österreichischen Kräften besetzten Schützengräben an und feuerte trotz seiner Verwundung am Arme seine Soldaten an, den Kampf fortzusetzen. Dann übernahm der Feldwebel das Kommando; er wurde jedoch getötet. Darnach führte ein zweiter Feldwebel namens Vico den Angriff neuerdings vor und drang in die Schützengräben ein, wo 25 Österreicher getötet und andere gefangen genommen wurden und nur wenige flüchten konnten. Ciochine erhielt vom König persönlich und Vico vom Vizegeneralstabschef Porro mit einer großartigen Ansprache und dem Auf, den das Herz seinen tapferen Söhnen gibt, die silberne Militärverdienstmedaille.“

Der Kampf hat sich in Wirklichkeit folgendermaßen abgespielt: Der erste Angriff der Italiener auf den Basse Valle Inferno-Pass erfolgte am 25. Mai nach Mitternacht als Ueberfall. Auf unserer Seite standen zu dieser Zeit in dem entsprechenden Verteidigungsabschnitte zwei Jüge Landwehr und zwei Jüge Landsturm. Es gelang den Italienern in dieser Nacht tatsächlich, zwei Feldwachen zu vertreiben, und zwar eine vom Basse Valle Inferno und die zweite von der Felsstufe 2201, dem sogenannten Kesselfopf.

Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

In der Gegend von Memel.

Düppelquartier, 6. Juni 1915.

Memel hat sich von den Schrecken der Russenherzochkeit erholt. Auf dem Platz vor dem Theater steht der Simon-Dach-Brunnen mit dem Rechen von Tharau auf hohem Sockel. Nun schaut das Rechen auf ein merkwürdiges Treiben: rings um den Brunnen sind allerhand Jahrmärktebuden aufgestellt. Die Schönen der umliegenden Dörfer laufen schimmernden Schmuck für 10 und 15 Pf. bunte Tücher, Tändelschürzen und dergleichen mehr; bedächtige Hausfrauen halten Kujierung unter den dargebotenen Haushaltsgegenständen, vorwiegend Küchengeschirr und allerhand Kurzwaren. Buden mit Lederreien üben auf die Jugend große Anziehungskraft aus. Nun strömt sie zu einem anderen Platz; Kirchestrübler schallt herüber. Die Drehorgel eines Karussells lad ein zu fröhlichen Fahrten auf stolzen Rossen und in prächtigen Karolen.

Kurz hinter Memel stoßen wir wieder auf die noch lange lichtbaren Spuren des Krieges. Anmitten der prangenden Natur Brandruinen. Und neben den Ruinen und auf den Feldern Soldatengräber. Oft dicht beieinander, einzeln und in Reihen angeordnet liegen unter den Bügeln deutsche und russische Krieger. Ein Bild wüster Zerstörung bietet das schöne Schloss Polangen. Dugende von Granaten haben das Gebäude stark zerkert. Die Kapelle ist von den Geschossen beinahe vollständig abgebrochen worden, nur das Kreuz steht noch unversehrt auf dem Stuppelbald. An verschiedenen Stellen des Schlosses sind Granaten bis in den Keller hineingefahren; an einer Seite des Hauptgebäudes rissen sie einen Balkon fort. Auf der Terrasse liegen noch jetzt zwei nicht kespierete Granaten. Im Innern des Schlosses zeugt ein wirres Chaos von Schutt und Müll von der furchtbaren Wirkung der eingeschlagenen Geschosse. In einem Zimmer liegt ein Berg von Büchern und Schriften, fast ausschließlich solche in russischer Sprache. Aber dort auf dem Tisch ein Kleinod in deutscher Maschinenschrift, der Verwalter berichtet darin an die Frau Grafin, wahrscheinlich auf eine an ihn gestellte Frage nach der Produktion der Gutslandereien an frischem Gemüse; der Verwalter schreibt, daß die Gutslandereien den gesamten Bedarf von Gut und Bad Polangen decken könnten, das Klima sei günstig, der

Sierbei wurden zwei Landwehrleute getötet und einer fürzte ab. Schon am Abend des 25. Mai warfen unsere dort eingreifenden Jüge die Italiener unter großen Verlusten aus dem Basse. Alle weiteren Angriffe der Italiener wurden unter großen Verlusten abgewiesen. Am den Besitz der Felsstufe 2201 wurde seither täglich gelämpft, bis sie am 2. Juni endgültig von uns genommen und behauptet wurde. Diese einzigen Erfolge, die die Italiener hier aufzuweisen haben, sind also eigentliche Mißerfolge. Gerade in dem in Rede stehenden Abschnitt war es in letzter Zeit möglich, Patrouillen über die Grenze vorzutreiben. Schon jetzt ist der klarste Beweis dafür, daß die Pässe fest in unserer Hand sind.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 7. Juni. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von Sonntagnachmittag. Der Feind machte im Gebiet nördlich Arras im Laufe des Abends und der Nacht sehr heftige Anstrengungen, um die Stellungen, welche er im Laufe dieser Tage verloren hatte, wiederzuerobern. Der ganze Abschnitt Ablain—Neuville und besonders die Zuderfabrik Souchez erhielt fast andauernd Beschließung, welche unsere Artillerie heftig erwiderte. Fünf deutsche Gegenangriffe wurden auf den Abhängen östlich der Vorettofapelle unternommen. Gegenangriffe fanden unanfechtlich im Gehölz östlich der Straße Aix Roulette—Souchez statt. Die deutsche Offensive wurde überall gebrochen. Wir behaupteten alle unsere Stellungen und brachten dem Feind schwere Verluste bei. Zwischen der Straße Aix Roulette—Souchez und der Straße Ablain—Souchez bemächtigten wir uns mehrerer Schützengräben und machten ungefähr 30 Gefangene.

Paris, 7. Juni. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Im Abschnitt nördlich Arras dauert der Kampf mit äußerster Lebhaftigkeit zu unserem Vorteil an. Wir unternahmen auf beiden Seiten der Straße Aix Roulette—Souchez glückliche Angriffe und gewannen Gelände im Gehölz östlich dieser Straße und südlich im Gebiete des Bupalgrundes. In Neuville—St. Paas dauerten unsere Fortschritte im Innern des Dorfes und im Nordteil an. Wir eroberten mehrere Häuser, verengerten gleichzeitig die Einkreisung und drängten den Feind in einen kleinen Raum im Nordwesten des Dorfes zurück. Wir besetzten einen Verbindungsgraben, welcher dorthin führt, eroberten neue Schützengräben im Zentrum und Süden des Labyrinthes und rückten 100 Meter vor. Seit acht Tagen dauert der Kampf ohne Unterbrechung in diesem großen Schanzwerk an, von dem wir jetzt zwei Drittel halten. Nördlich der Aisne westlich von Trachy-le-Mont auf den Höhen, welche der Mühle Sous tous les vents benachbart sind, unternahmen wir einen Angriff, welcher erste Gewinne zeitigte. Nach einem sehr wirksamen Bombardement nahmen wir in einem einzigen Sprung auf einer Front von einem Kilometer zwei hintereinander liegende Reihen feindlicher Schützengräben und mehrere Schanzwerke. Drei heftige Gegenangriffe wurden von unseren Truppen zurückgeworfen, welche über 200 Gefangene machten und drei 77-Millimetergeschütze erbeuteten. In der Champagne rückten wir bei Beau-Séjour vor. Auf den Maas Höhen und in den Vogesen Artilleriekämpfe.

Deutscher Flugzeugangriff auf Lunéville.

Paris, 7. Juni. (B. Z. V.) „Petit Parisien“ meldet aus Lunéville: Proh heftiger Beschließung konnte ein deutsches Flugzeug Freitag Lunéville überfliegen und zwei Bomben abwerfen. Die erste richtete nur geringen Sachschaden an; die zweite tötete sieben Personen und verletzte 14, von denen drei kurz darauf ihren Verletzungen erlagen. Nachmittags erschienen wieder zwei deutsche Flugzeuge, die aber infolge von Artilleriefeuer umkehren mußten.

Die französische Darstellung der Kriegslage.

Paris, 6. Juni. (B. Z. V.) Die Agence Havas sucht die französische Öffentlichkeit über die russischen Niederlagen durch folgende Ausführungen zu trösten: Die russischen Armeen stehen seit einigen Wochen einer ungeheuren Kraftanstrengung gegenüber. Sie befinden sich in der Lage, in die sich im August, September und November die französischen Armeen verkehrt gesehen haben. Deutschland ist dank seiner zentralen Lage imstande, einen beträchtlichen Teil seiner Kräfte schnell von einer Front zur anderen zu werfen zu können. Es müht augenblicklich diese Erleichterung

gegen unsere Verbündeten aus, wie es sie vor einigen Monaten gegen uns ausübte. So wie es im September trotz der Augustoffensive nicht in Rußlands Macht war, die Zusammenschließung von 52 deutschen Korps zu den Schlachten an der Marne und bei Ypern gegen Frankreich zu verhindern, genügt unsere durch sechs Wochen entwickelte Tätigkeit nicht, die Verschließung starker von der Westfront entnommener deutscher Kräfte nach der Ostfront zu verhindern. Davon rühren jetzt die Schwierigkeiten unserer tapferen Verbündeten her. Sie stehen diesen Schwierigkeiten mit bewundernswertem Heldentum gegenüber, dem die französische Armee und das französische Volk einmütige Anerkennung zollen in der tiefen Ueberzeugung, daß die Kämpfe, die in Galizien geliefert werden, für die russische Armee einen untergeordneten Ruhmesditteln bilden. Wie groß übrigens auch die Kühnheit des deutschen Generalstabes und seiner Truppen sein mag, sein Vorstoß gegen Rußland wird doch aus denselben Gründen angehalten werden, welche die Offensive gegen uns gebrochen haben. Der energische Widerstand und die Gegenangriffe der Russen werden die Kraftanstrengung aufzuheben, die nicht unendlich aus neuen Hilfsquellen gespeist werden kann, zumal sie von Anfang an der Methode des deutschen Oberkommandos entsprechend, das Höchstmögliche an Kraftaufwand erreicht hat. Indem unsere Verbündeten die geschleifte Festung Przemyśl räumten, zeigten sie übrigens ihren Willen, im ausgedehnten Bewegungskriege auf dem östlichen Kriegsschauplatz ihre großen Hilfsquellen an Truppen vollkommen in Anwendung zu bringen. Die seit einem Monat von den französischen Armeen erzielten Fortschritte werden andererseits Deutschland zwingen, eine neue Verteilung seiner Kräfte durchzuführen, um die Divisionen abzulösen, die seit einem Monat so große Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen erleiden. Endlich eröffnet das Eingreifen der italienischen Armeen, deren Vorhaben den Tsongso überschritten haben, einen neuen Kriegsschauplatz für die Deutschen und Österreicher, der binnen kurzem einen bedeutenden Teil ihrer Kräfte nach sich ziehen wird. Die Alliierten betrachten die Zukunft mit unbedingtem Vertrauen. Sie brauchen nur unausgesetzt die auf das gleiche Ziel gerichteten Bemühungen zu verfolgen, von denen das heldenmütige Rußland augenblicklich den schwersten Teil trägt. Ihr gemeinsamer Wille ist ebenso fest, wie ihre Gemeinbürgerschaft eng ist.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 7. Juni. (B. Z. V.) Bericht des Großen Generalstabs. In der Gegend von Riga und Szawle ist keine Aenderung von Bedeutung eingetreten. An der Rarowfront eröffnete der Feind am Morgen des 5. Juni auf dem linken Ufer der Pissa ein heftiges Artilleriefeuer. An der Weichsel bombardierte einer unserer Zieger mit Erfolg einen beladenen feindlichen Schlepplzug und brachte eine Barke zum Sinken. An der Rawa bemühte der Feind den gegen uns stehenden Wind und versuchte am 5. Juni von neuem erstickende Gase zu verwenden. Er verbrannte eine chemische Mischung, die einen giftigen Rauch erzeugte.

In Galizien bemächtigten sich unsere Truppen auf dem linken Ufer des unteren San am 4. Juni nach einem Kampfe des Dorfes Groblew. Nördlich von Lezajsk bezüchten unsere über den San geführten Abteilungen trotz feindlicher Angriffe und heftigen Feuers feste Stellungen. Vor Przemyśl fest der Feind in der Richtung auf Roszciska seine Offensive fort. Am Abend des 4. Juni unternahm der Feind, nachdem er bedeutende Kräfte gegen die Front Czizki—Pafost—Bukowize aufgeboten hatte, eine Reihe von Angriffen, die durch das Feuer zahlreicher Batterien schwerer Geschütze unterstützt wurden. Es gelang dem Feinde jedoch nicht, sich unseren Gräben zu nähern, da er unter unserem Feuer schwere Verluste erlitten hatte. Am Dnjestr zwischen Tysmenihä, Swika und Swir fand am 4. Juni und am darauffolgenden Tage kein größerer Zusammenstoß statt. Zwischen Delainy und Kolomea setzten unsere Abteilungen auf das rechte Ufer des Pruth über und wiesen am 4. Juni und in der Nacht zum 5. Juni eine Reihe von Gegenangriffen zurück, die von starken österreichisch-ungarischen Reserven unternommen worden waren.

Zum Austausch der deutschen und russischen Kriegsinvaliden.

Petersburg, 7. Juni. (B. Z. V.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Austausch von invaliden Kriegsgefangenen in Deutschland ist in letzter Stunde wieder an deutschen Forderungen und Weiterungen gescheitert. Jetzt sind alle Unterabhandlungen eingestellt.

Anmerkung des B. Z. V. Diese Meldung ist durchaus unzutreffend. Die deutsche Regierung hat im Interesse der Mensch-

wartungsvolle, Abwartende fast gänzlich verschwunden. So viel wie möglich gehen die Menschen wieder ihrer Beschäftigung nach. Die Furcht, daß die neue Herrschaft mit Raub und Gewalttätigkeit verbunden sein könnte, ist überwunden. Selbst die Letzten haben sich etwas beruhigt. Das Geschäftsleben vollzieht sich nun geordneter als in der letzten Zeit vor dem Einzug der Deutschen. Damals durfte kein Licht angezündet werden, mit Anbruch der Dunkelheit war die Stadt tot; nun erstrahlen bis in die zehnte Abendstunde die Geschäfte in heller Beleuchtung und in den Wohnungen können die Einwohner solange bei ihren Lampen sitzen, wie es ihnen paßt. Nur der Mangel an Meingeld macht sich im Geschäftsleben immer noch störend bemerkbar. Eine Reihe von Arbeitern kann jetzt die frühere Beschäftigung wieder aufnehmen. Mehrere industrielle Werke sind wieder im Betrieb. Die Arbeiter, z. B. die der Eisenwerke erhalten die früheren Löhne. Wankendem Erwerbslosen wird die Verdienstmöglichkeit sicher willkommen sein.

Fleisch ist reichlich zu haben; es wird in vielen Läden für 40 bis 50 Pf. das Pfund angeboten. Dagegen scheinen die Weizenbrotte knapp zu werden; die Bäcker, die fast nur Weizenbrot und -gebäck herstellen, haben meistens schon vor der Mittagsstunde die frische Ware verkauft und zwar zu nicht unerheblich gesteigerten Preisen. Sehr teuer ist Butter geworden, 2 Pf. kostet das Pfund. Eier und Räucherwaren sind überall und zu verhältnismäßig niedrigen Preisen zu haben. Pigretten, Zündhölzer und Zeitungen werden von fliegenden Händlern auf der Straße angeboten. Nachmittags trifft das „Remeler Dampfboot“ vom selben Tage schon in Libau ein und findet reichlichen Absatz. Die an verschiedenen Stellen öffentlich angehängenen neuesten Nachrichten unterrichten zudem über die letzten Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen. Von verschiedenen Einwohnern hörte ich, daß sie bisher nach den russischen Zeitungsnachrichten der Meinung waren, Rußland habe schon fast das ganze Deutschland und Österreich besetzt, die Türkei sei unter den Angriffen der Russen und Engländer zusammengebrochen, der Tag nahe, an dem sich die siegreich vordringenden Russen und Franzosen in Berlin begrüßen könnten, um dort den Frieden zu diktieren.

Erführe das ganze russische Volk die Wahrheit, dann würden Empörung und Meuterei die Heeresleitung zwingen, Frieden zu schließen; dann mühte die Menschenschänderei ein Ende nehmen. Düweli, Kriegsberichterstatter.

Licht die Benutzung des Seeweges für die auszuführenden Gefangen vorzuziehen, um ihnen die Qual eines langen Landtransportes zu ersparen. Die russische Regierung hatte dies abgelehnt, die Verhandlungen werden aber von Deutschland nach wie vor fortgesetzt. Da auch die schwedische Regierung wegen des Seeweges beteiligt werden muß, werden sie voraussichtlich noch einige Zeit dauern.

Der Seekrieg. Vom U-Bootskrieg.

London, 7. Juni. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Dampfer „Dulwichhead“ wurde bei Veth von einem deutschen Unterseeboot torpediert und versenkt.

London, 7. Juni. (W. L. B.) Nach einer Lloydsmeldung aus Peterhead wurde der englische Fischdampfer „Persimon“ (255 Tonnen groß) gestern ungefähr 50 Meilen nordöstlich von Buchan Reef beschossen und versenkt. Die Besatzung wurde in Grimsby gelandet. Nach derselben Quelle wurden am Sonnabend die Fischdampfer „Fazehound“ und „Curlew“ 25 Meilen von Peterhead entfernt durch ein deutsches Unterseeboot versenkt. Die Besatzungen wurden gerettet.

London, 7. Juni. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die englische Barf „Sunlight“ ist gestern abend an der irischen Küste durch ein deutsches Unterseeboot torpediert worden. Die Besatzung wurde von einem Fischdampfer aufgenommen und heute früh in Queenstown gelandet. Ein deutsches Unterseeboot hat ferner den Fischdampfer „Dromio“ torpediert. Die Besatzung wurde gerettet und in Peterhead an Land gebracht.

London, 7. Juni. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der britische Dampfer „Star of West“ ist von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Die Besatzung wurde in Aberdeen gelandet.

Verzögerung der Absendung der amerikanischen Note.

Washington, 7. Juni. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Infolge einer Unpäßlichkeit des Präsidenten Wilson verzögert sich die Fertigstellung der Note an Deutschland. Sie wird jetzt wahrscheinlich vom Staatssekretär Bryan durchgesehen werden. Man glaubt nicht, daß es gestattet sein wird, die Note vor Dienstag oder Mittwoch oder vielleicht erst Donnerstag zu veröffentlichen. Es sind ungewöhnliche Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um dafür zu sorgen, daß die Note genau so, wie sie abgefaßt wird, übermittelt wird. Sie wird über London und dem Haag nach Berlin geschickt werden. Die amerikanischen diplomatischen Vertreter an diesen Orten werden den Text kontrollieren. Der Vorkämpfer in Berlin wird die Note nicht überreichen, ehe er sich davon überzeugt hat, daß sie wörtlich mit dem Entwurf übereinstimmt.

Der Seekampf in der Ostsee.

Zu Meldungen aus Kopenhagen über ein Seekampf in der Ostsee hören wir, daß es sich dabei nur um eine Aufklärungsfahrt von deutschen Flottenstreitkräften handeln kann. Daß bei dieser Gelegenheit ein russischer Minenkreuzer durch ein deutsches Unterseeboot bei Baltischport versenkt wurde, ist am Sonntag berichtet worden. Unsere Streitkräfte sind bereits wieder in den Heimathäfen zurückgekehrt.

Petersburg, 7. Juni. (W. L. B.) Von autorisierter Stelle wird mitgeteilt: Am 3. Juni bemerkten unsere Ausguckposten auf der Küste und unsere im Dienst befindlichen Unterseeboote, daß der Feind nahe unserer Küste, besonders an den Zufahrten zum Rigaischen Meerbusen, tätig sei. Zu gleicher Zeit näherten sich feindliche Torpedoboote als Vorhut ihrer großen Schiffe der Einfahrt in den Meerbusen. Bald darauf ließ der Feind Wasserflugzeuge aufsteigen, welche unsere Schiffe angriffen, jedoch vergeblich, denn alle ihre Geschosse fehlten und unsere Artillerie verjagte die Flugzeuge. Am 4. Juni wiederholte der Feind seinen Versuch, sich unserer Küste zu nähern, aber von unseren Unterseebooten angegriffen ging er zurück. Zu gleicher Zeit wurde auf der Ostsee unser Transportdampfer „Jentsefi“ von einem feindlichen Unterseeboot angegriffen und ging unter; 32 Mann wurden gerettet.

Der türkische Krieg. Kämpfe auf Gallipoli.

London, 7. Juni. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Pressebureau berichtet, daß Freitag früh ein allgemeiner Angriff auf die türkischen Verschanzungen im südlichen Teile von Gallipoli unternommen wurde, dem Freitagnacht ein zweiter Angriff folgte. Die Alliierten kamen um 500 Meter vorwärts, eroberten zwei türkische Schützengrabenslinien an einer Front von über drei Meilen und machten vierhundert Gefangene.

Ueber diese Kämpfe werden die folgenden Einzelheiten mitgeteilt: Nach heftiger Beschichtung mit allen Kanonen, bei welcher auch die Flottenunterstützung mitwirkte, stürmten Freitag früh die Truppen auf ein gegebenes Zeichen vor. Sie hatten sofort auf der ganzen Linie Erfolg, außer an einem Punkte, wo die starken Behausungen aus Eisendraht durch die Beschichtung nicht zerstört waren. Freitag früh kam die Nachricht, der Feind habe Verstärkungen erhalten und rüde aus der Richtung von Maidos nach Krithia vor. General Birchwood befahl einen Angriff auf die Schützengrabenslinien, der um 10 Uhr abends erfolgreich durchgeführt wurde. Die Schützengrabenslinien wurden während der Nacht gehalten. Die Türken erlitten schwere Verluste. Morgens machte der Feind einen heftigen Gegenangriff und nötigte unsere Mannschaften, die vordersten Schützengrabenslinien zu räumen. Wir behielten aber noch die Verbindungsgräben.

Türkische Schlappe am Tigris.

London, 7. Juni. (W. L. B.) Das Pressebureau berichtet über Gefechte am Tigris: Eine englische Truppenmacht besetzte am 3. Juni Amara. Der Gouverneur und über 700 Soldaten ergaben sich. Diese gehörten zu einer türkischen Vorhut, die sich vom persischen Gebiete zurückgezogen hatte und von einer englischen Kolonne verfolgt wurde. Die Haupttruppe, die ihr folgte, wurde in dem nordöstlichen Gelände zerstreut. Wir nahmen insgesamt 2000 Mann gefangen und erbeuteten 7 Feldkanonen, 6 Schiffskanonen vom Kanonenboot „Marmarie“, vier Flugdampfer, 12 große stählerne Schuppen, eine Anzahl von Gewehren und allerlei Munition. Man erwartet, daß sich noch mehr Truppen ergeben werden.

Von sechs Deutschen, die sich bei den Türken befanden, wurden drei gefangen und zwei durch Kraber getötet; wo der sechste geblieben ist, weiß man nicht.

Die sozialdemokratische Partei Italiens nach dem Kriegsausbruch.

Unser Mailänder Parteiblatt, der „Avanti“, stellt nach einem Telegramm des „Berliner Sozial-Anzeigers“ fest, daß die sozialistische Partei die anfangs schwierige Periode nach dem Kriegsausbruch mit Festigkeit und straffem Zusammenhalten überstanden habe. Ungeachtet der außerordentlichen Lage und des Umstandes, daß mehr als 20 000 ordentliche Mitglieder zu den Fahnen einberufen worden seien, sei eine Zunahme der Anmeldungen zum Beitritt zu verzeichnen. Von den etwa zweitausend Zweigvereinen habe sich nur einer wegen des Krieges aufgelöst, und keiner habe grundsätzliche Einwendungen gegen die Haltung der Partei gemacht. Von den etwa 100 Wochenblättern der Partei, von denen etwa 20 ihr Erscheinen hätten einstellen müssen, würde eine mit der Zentralleitung durchaus übereinstimmende Haltung bewahrt. Von der Zensur gezwungen, müsse die sozialistische Presse sich jetzt auf die Vorbereitung für die allgemeinen Parteigrundsätze und die theoretische Kritik beschränken, um nach dem Kriege mit ungeschwächten Kräften der neuen Lage gegenüberzutreten zu können. Für die Tage vom 10. bis 12. Juni ist eine Versammlung des Parteivorstandes nach Rom einberufen.

Englische Kritik an Regierungsmaßnahmen.

London, 7. Juni. (W. L. B.) „Economist“ schreibt: Wenn jedermann, wie wir feinerzeit vorschlugen, bei Beginn des Krieges dem Kriegsministerium und der Admiralität mit seiner Arbeitskraft verpflichtet worden wäre und alle Agenten und Spekulanten von den Bergwerksbezirken und dem Eisenbahnwesen ferngehalten worden wären, würden die Ausgaben des Staates erheblich geringer gewesen sein. Die Erhöhung der Kohlenpreise, Verkehrsbehindernde und Frachteinsteigerungen wären vermindert worden, die Preise niedriger und die Ausfuhr bezüglich der Erhöhung der Steuern erheblich weniger beunruhigend geworden. Mit anderen Worten: man sieht jetzt selbst in liberalen Kreisen das Uebergewicht ein, das Deutschland durch seine äußerst durchgearbeitete und durchgeführte Organisation hatte. Während Englands Kraft dadurch geschwächt wurde, daß unentbehrliche Arbeitskräfte ins Feld gingen, hat Deutschland, wo die Rüstung auf die Kriegsindustrie und das sonstige Gewerbeleben misstraute, eine Auswahl getroffen und die Arbeiterzahl verringert, wo es am wenigsten schadete. Wie weit das neu eingeführte Nationalregister Lord Georges ausreichend ist, um dies Ziel zu erreichen, muß die Zeit lehren. Sehr beruhigend wirkt die Aufstellung auf die englischen Untertanen nicht. Hat man erst die Listen ausgearbeitet, so ist der Uebergang zum Zwangssystem nur ein Schritt. So hat der Krieg es mit sich gebracht, daß selbst das Land des Individualismus vor der Notwendigkeit steht, das Zwangssystem einzuführen, das auf der Bevölkerung des Festlandes lastet. Damit ist alles englische Geschrei über den deutschen Militarismus ad absurdum geführt.

Englische Korruptionsversuche in Holland.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die „Times“ haben dieser Tage in einem Artikel der neuen Regierung u. a. die Aufgabe zugeschrieben, authentische Nachrichten in neutralen Ländern zu verbreiten, und zwar in einer mehr „systematischen Form“ als bisher. Was man darunter zu verstehen hat, ist nicht allzu schwer zu erkennen. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erbringt überdies den Beweis, daß man schon jetzt an dieser „systematischen“ Arbeit ist. Das Blatt hat nämlich von einer großen Londoner Druckerei einen Bericht in holländischer Sprache über die von Lord Rithener im Oberhaus gemachten Mitteilungen über die von den Deutschen gebrauchten Stiefel erhalten mit dem Erlauchen, den Text als redaktionellen Bericht aufzunehmen. In einem Begleitbrief heißt es: „Sollten Sie Ihre Kosten für den Satz usw. in Rechnung bringen wollen, sind wir gern bereit, Ihnen entgegenzukommen und werden Ihnen sofort nach Empfang Ihrer Rechnung eine Anweisung auf den von Ihnen berechneten Betrag zukommen lassen.“ Das Rotterdammer Blatt bemerkt dazu, daß es bei niederländischen Blättern von einigem Namen nicht vorkomme, daß sie sich für die Aufnahme von Artikeln bezahlen lassen. Das Segen eines eine Viertelspalte umfassenden Berichtes würde auch kaum Kosten machen und was solle das „Etcetera“ bedeuten?

Die Verwahrung des Rotterdammer Blattes zeigt, daß die Redaktion von ihren Kollegen von der holländischen Presse eine bessere Meinung hat als die Auftraggeber der Londoner Druckerei. Die holländische Presse hat in der Tat im ganzen bisher als sauber gehalten. Ob in dessen das optimistische Urteil allgemeine Geltung beanspruchen kann, wird in einer Epoche, die für reiche Fischzüge gewissenloser Pressjobber so günstig ist wie die jetzige, zweifelhaft erscheinen, zumal da man jetzt auch in Holland einer Hegearbeit begegnen kann, die für ehrlichen Journalismus allein denn doch „systematisch“ ist.

Frankreichs Kriegsausgaben.

Seit dem 1. August v. J. betragen die gesamten Kriegsausgaben Frankreichs 22 Milliarden 75 Millionen Frank. Die eigentlichen Ausgaben für den Krieg bis Ende September 1915 belaufen sich auf 16 238 000 000, für die Sozialfürsorge, darunter Unterstützung der Familien der Einberufenen, bis zu demselben Zeitpunkt 2 319 000 000, für Einkauf von Getreide zum Verbrauch der Zivilbevölkerung 187 Millionen. Die Staatsschuld wird 1427 Millionen erfordern, andere Ausgaben 1 925 000 000 Frank.

Obige Zahlen sind dem soeben vom „Temps“ veröffentlichten Bericht des Finanzministers Ribot entnommen, mit dem er von der Kammer die Eröffnung eines provisorischen Kredits von 5 688 978 270 Frank für das dritte Vierteljahr 1915 forbert. Aus Ribots Darlegungen ergibt sich weiter: Die französischen Militärausgaben sind von 850 Millionen monatlich auf 1300 Millionen gestiegen, besonders infolge der zunehmenden Stärke der Heeresbestände, der Verpflegung der Kampfmittel und Ausdehnung der Operationen im Orient. Die Ausgaben für Unterhaltungen haben sich von 68 auf 154 Millionen monatlich erhöht. Die Ausgaben des Staatsschatzes haben zwischen dem ersten August 1914 und dem 15. Mai 1915 12 610 Millionen und die Einnahmen 12 321 Millionen betragen. Der Bericht Ribots schließt mit der Erklärung, daß die Gesamtlage zuversichtlich betrachtet werden könne. Der beste Beweis dafür sei, daß das Volk seine Ersparnisse in Schatzscheinen und Obligationen anlege, was zugleich auch das Vertrauen des Volkes in den endgültigen Sieg beweise.

Presseverordnungen in Belgien.

Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ nach der in Gent erscheinenden „Vlaamse Post“ mitteilt, hat das Oberkommando der 4. Armee am 25. Mai eine für das ganze okkupierte Belgien geltende Zensurverordnung herausgegeben. Sie bestimmt, daß Druckschriften erst nach schriftlicher Genehmigung der Zensurstelle ausgegeben werden dürfen. Aus-

genommen sind dienstliche Bekanntmachungen und Familiennachrichten. Zeitungen und periodische Zeitschriften dürfen nur nach etwaiger Zulassung der Zensurstelle und nur in deutscher oder flämischer Sprache herausgegeben werden. Die französische Sprache kann zugelassen werden, wenn die Notwendigkeit von der Zensurstelle bestätigt wird. Die Einfuhr ausländischer Druckschriften ist verboten. Für öffentlichen Anschlag, Ausbreitung und Verkauf auf öffentlichen Plätzen ist eine besondere Genehmigung des Oberkommandanten erforderlich. Eine Prüfung und schriftliche Zulassung durch die Zensurstelle ist auch für Theatervorstellungen, öffentliche Vorträge jeder Art und kinematographische und Lichtbildervorführungen gefordert. In kinematographischen und Lichtbildervorstellungen ist eine Erklärung der Stücke in Deutsch oder Flämisch oder in beiden Sprachen zugelassen. Die französische Sprache darf zusammen mit der deutschen oder flämischen gebraucht werden, aber nicht allein. — Es ist verboten, Vorstellungen beizumohnen, die nicht zugelassen sind. — Uebertretung dieser Bestimmungen — absichtliche oder fahrlässige — sowie die Aufforderung hierzu, wird mit Buße bis zu 12 000 M. (15 000 Fr.) oder Gefängnis bis zu 3 Jahren geahndet, sofern nicht die Kriegsgerichte eine strengere Strafe vorsehen.

Umformung des belgischen Kabinetts.

De Havre, 7. Juni. (W. L. B.) König Albert plant eine Umformung des Ministeriums. Zwei Sozialisten sollen eintreten.

Annahme der Schweizerischen Kriegsteuer.

Bern, 6. Juni. (W. L. B.) Der im April von beiden eidgenössischen Räten einstimmig angenommene Bundesbeschluss, durch den der Bund ermächtigt wird, zur Deckung eines Teils der Mobilisationskosten eine einmalige Kriegsteuer auf den Besitz und in geringem Maße auch auf das Einkommen zu erheben, ist heute in einer Volksabstimmung mit 445 000 Ja gegen 27 200 Nein angenommen worden. Die Steuer betrifft die Einkommen von über 2500 und die Vermögen von über 10 000 Frank. Sämtliche politische Parteien hatten die Annahme des Beschlusses empfohlen. In einzelnen Kantonen betrug die Zahl der Ablehnenden nur zwei bis drei Prozent, so in Basel, Luzern, Bern u. a. Die Schweizerische Depeschagentur bemerkt hierzu: Die Geschichte der schweizerischen Demokratie weist kein Beispiel auf, in dem eine Vorlage der Regierung und des Parlaments mit so gewaltiger Mehrheit angenommen worden ist.

Judenausweisungen.

Wien, 7. Juni. (W. L. B.) Eine Depesche der „Kiewska Wjesel“ aus Bina dementiert die Nachricht Petersburger Blätter von der angeblichen Zurücknahme der Verordnung über die Ausweisung der Juden aus Koromna und Rowno. Vielmehr ist, nach dieser Depesche, den Juden der Aufenthalt im ganzen Festungsbereich Rowno endgültig verboten. Die Gesamtzahl der aus dem Gouvernement Rowno und aus Ausland ausgewiesenen Juden erreichte 147 000. Da die Ausweisungen innerhalb 24 Stunden erfolgten, sind Hunderte von Kindern verloren gegangen. — Die leitenden Zeitungen fordern die Zeiten auf, den Handel in allen Gegenden an sich zu reißen, aus denen die Juden und Deutschen ausgewiesen sind.

Verschlechterung des Zustandes des Königs von Griechenland.

Athen, 6. Juni, 9 Uhr abends. (W. L. B.) Heute nachmittag 5 Uhr war die Temperatur des Königs auf 39,9 gestiegen. Der Pulsschlag betrug 136 und die Atmung 25. Der Krankheitsbericht von 8 Uhr abends lautet: Temperatur 40,1, Puls 144, Atmung 24, Ausfluß aus dem Rippenfell gering mit schlechtem Geruch. Die Lage ist äußerst ernst, die Bevölkerung sehr beunruhigt.

Am Tage vorher hatte der König sich einer Operation unterziehen müssen, durch die ein Rippenstück entfernt worden war.

Kriegsbekanntmachungen.

Verwendung von Nidelfalzen usw.

Amlich, Berlin, 7. Juni. (W. L. B.) Das Kriegsministerium (Kriegs-Rohstoff-Abteilung) weist darauf hin, daß es nach der Beschlagsamverfügung vom 1. Mai 1915 Nr. W. 1/4, 15 A. N. A. verboten ist, beschlagsamte Bestände an Nidelfalzen und Nidelfalzen in Form von Nidelfalzen für Friedenszwecke weiter zu benutzen.

Die genaue Beachtung des § 5 der bezeichneten Verfügung wird empfohlen. Hiernach dürfen Metallmengen, die ihrer Ertragsfähigkeit wegen von der Beschlagsamnahme nicht getroffen sind, neben der nach § 6 für beschlagsamte Bestände zulässigen Verwendungsart, nur im eigenen Betriebe und lediglich zu dringenden Reparaturzwecken im fremden Betriebe verarbeitet werden.

Herstellung von Kartoffelflocken.

Amlich, Berlin, 7. Juni. (W. L. B.) Herstellung von Kartoffelflocken durch Trocknung der Kartoffelstücken an der Luft. Der Preussische Landwirtschaftsminister gibt folgendes bekannt:

Die Vorräte an Kartoffeln der 1914er Ernte sind glücklicherweise beträchtlich größer, als nach den vor kurzem angestellten Ermittlungen erwartet werden konnte. Es ist notwendig, dafür zu sorgen, daß von diesem wertvollen Vorrat an Nahrungsmitteln nichts verloren geht. Wenn nun auch die Kartoffeltrocknungsanlagen und die Stärkefabriken angestrengt tätig sind, um die Kartoffeln in haltbare Trockenware überzuführen, wird es doch nicht gelingen, den ganzen Vorrat, so schnell wie erforderlich, aufzuarbeiten.

Der königliche Amtsrat Kramer aus Voigtshof bei Seeburg in Ostpreußen macht darauf aufmerksam, daß es möglich ist, Kartoffeln ohne Anwendung künstlicher Wärme mit geringen Kosten an der Luft in haltbare Flocken umzuwandeln und durch Mahlen der Kartoffelmehl daraus herzustellen. Zu diesem Zweck werden die Kartoffeln gewaschen, mit der Maschine geschält, in dünne Scheibchen geschnitten und in offenen Schuppen auf großen mit weinmäßigem Reib bezogenen Rahmen getrocknet. Die Scheiben trocknen in der Zeit von 2–3 Tagen. 1000 Teile Rohkartoffeln ergeben 200 Teile trockene Schnitzel. Herr Amtsrat Kramer ist gern bereit, Interessenten nähere Auskunft zu geben.

Letzte Nachrichten.

Vernichtung eines französischen Minenlegers.

Paris, 7. Juni. (W. L. B.) Die Agence Havas meldet amlich: In der Nacht vom 3. zum 4. Juni ist der französische Minenleger „Cajablanca“ am Eingang einer Bucht des Begaischen Meeres auf eine Mine gestoßen. Der Kommandant, ein Offizier und vierundszwanzig Matrosen der Besatzung wurden von einem englischen Torpedobootschiff gerettet. Es ist möglich, daß andere Ueberlebende schwimmend die Küste erreichten und sich in türkischer Gefangenschaft befinden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 242 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- 2., 3., 4. und 5. Garde-Regiment g. F.; 1. und 2. Garde-Reserve-Regiment; 2. Garde-Infanterie-Regiment; Garde-Grenadier-Regiment; Franz und Elisabeth; Garde-Füsilier-Regiment; Garde-Reserve-Jäger-Bat.; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 1, 2, 5 (siehe auch Inf.-Reg. Grupp.), 8, 9, 12, 15, 16, 17, 18 (siehe Inf.-Reg. Königs), 23 (siehe Landw.-Inf.-Reg. Nr. 7 der Landw. Div. v. Menges), 26, 31, 33, 34, 44, 49, 53, 54, 57, 62, 63 (siehe auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 7 der Landw. Div. v. Menges), 64, 65, 66, 67, 68, 73, 76, 78, 79, 87, 88, 92, 100 (siehe Grenadier-Reg. Nr. 110), 110, 115, 116, 131, 132, 135, 136, 138, 143, 148, 149, 150, 151, 153, 154, 156, 158, 159, 160, 163, 165, 166, 169, 171, 172, 173, 175, 176; Inf.-Reg. Nr. 8, 11, 12, 13, 15, 22, 26, 27, 30 (siehe Landw.-Inf.-Reg. Nr. 87), 32, 34, 51, 56, 68, 77, 81, 83, 84, 86, 88, 98, 201, 202, 205, 206, 209, 213, 216, 219, 221, 223, 224, 228, 256, 268, 272; Inf.-Reg. Nr. 10 (siehe auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 9 der Landw. Div. v. Menges), 12, 17, 18 (siehe Landw.-Inf.-Reg. Nr. 84), 19 (siehe auch Inf.-Reg. Nr. 3 und 5 des Inf.-Reg. Nr. 2), 21, 23, 24, 26, 46, 47, 49, 51, 71, 72, 76, 81, 84, 87; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1 sowie Regiment Nr. 7 und 9 der Landw. Div. v. Menges; Inf.-Reg. Nr. 3 und 5 des Inf.-Reg. Nr. 2; 21, 23, 24, 26, 46, 47, 49, 51, 71, 72, 76, 81, 84, 87; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1; Landw.-Inf.-Bataillone II Gölzig, II Königsberg; Landw.-Inf.-Bataillone Nr. 21 des 7. Armee-Korps (siehe 1. Landw.-Inf.-Bataillon des 21. Armee-Korps); Jäger-Bataillone Nr. 7, 11; Inf.-Jäger-Bataillone Nr. 5, 7, 20, 23; Radfahrer-Komp. des Generalkommandos des 1. Armee-Korps; Inf.-Radfahrer-Komp. Nr. 61; Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 3 und 4; Inf.-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 4; Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 1, Nr. 3 Thorn (siehe Landw.-Inf.-Reg. Nr. 2), Nr. 6 und Abteilung auf Krastinagen; Inf.-Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 3; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 108 (siehe Inf.-Reg. Nr. 132); Dragoner Nr. 8, 18, 20; Husaren Nr. 1, 2, 11; Jäger zu Pferd Nr. 10, 12.
- Feldartillerie: Regiment Nr. 1, 8, 10, 15, 31, 37, 44, 50, 53, 59, 60, 66; Inf.-Regiment Nr. 6 und 20.
- Fußartillerie: 1. Garde-Reg.; Regiment Nr. 3, 9; Reserve-Regiment Nr. 7, 8, 13, 14, 16.
- Pioniere: 1. Garde-Bat.; Regiment Nr. 19, 24, 25, 29; Bataillone II. Nr. 5, II. Nr. 16, I. Nr. 17, I. und II. Nr. 27; 2. Landw.-Komp. des 6. Armee-Korps.
- Eisenbahn-Baukomp. Nr. 3; Inf.-Eisenbahn-Baukompanie Nr. 1, 14 und 22.
- Train-Abteilung Nr. 3; Schwere Proviantkolonne Nr. 3 des 11. Armee-Korps; Festungs-Fuhrparkkolonne Nr. 14 Reg. (siehe Armierungs-Bat. Nr. 13 der Festung Metz); Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 18 des 17. Armee-Korps; Inf.-Pferdedepot des 15. Armee-Korps.
- Art.-Munitionskolonnen Nr. 5 des 14. Armee-Korps; Etappen-Munitionskolonnen Nr. 120 der 10. Armee.
- Inf.-Sanitäts-Komp. Nr. 9 des 7. Reserve-Korps.
- Armierungs-Bat. Nr. 13 der Festung Metz.

Die bayerische Verlustliste Nr. 188 meldet Verluste des 1., 4., 5., 8., 17., 18., 21. Inf.-Regiments; Inf.-Regiment Nr. 1, 3, 4, 5, 11, 12, 15, 16. (Schluß folgt.)

Die württembergische Verlustliste Nr. 195 veröffentlicht Verluste der Brigade-Inf.-Bataillone Nr. 51, 52; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Grenadier-Reg. Nr. 126; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 129 und 133; Landw.-Inf.-Bat. Hall. 1. Ersatz-Abteilung des Feldart.-Reg. Nr. 29, 3. Landw.-Pionier-Komp. Freiwillige Sanitätskolonne Göppingen. Verluste durch Krankheiten.

Aus der Partei.

Zum Tode Kräuters.

Am Sonntagmorgen wurde die Leiche unseres so plötzlich verstorbenen Genossen Kräuter im städtischen Krematorium in Freiburg i. B. eingeholt. Eine große Anzahl von Personen gab dem Verstorbenen das letzte Ehrengeleit. Auch der Oberbürgermeister, Stadträte und Stadtverordnete waren erschienen. Delegierte der Organisationen aus ganz Baden waren eingetroffen. Für den

Landesvorstand widmete dem Verstorbenen Genosse Pfeifle, für die Landtagsfraktion Genosse Kolb warme Rückschlüsse.

Totenliste der Partei.

Am Freitag, den 4. Juni, starb in Kiel der Genosse A. Lützens, Berichterstatter der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, im Alter von 59 Jahren. Mit dem Genossen Lützens ist wieder ein alter, braver und treuer Kämpfer aus der Partei geschieden. Erst vor wenigen Wochen konnte er noch das 40-jährige Jubiläum seiner Parteizugehörigkeit feiern. Als 19-jähriger Jungling trat er, kurz vor dem Gothaer Einigungsstakat, in Hamburg dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als Mitglied bei und hat dann in der geeinigten Partei bis an sein Lebensende weiter seinen Mann gestanden. Die ganze Zeit des Sozialistengesetzes war er in Hamburg in den gefährlichsten, verantwortungsvollsten Parteiamtern tätig, und als er im Jahre 1895 nach Kiel übergesiedelt, als Berichterstatter in die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ eingetreten war, hat er auch in Kiel in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung — er war von Beruf Metallarbeiter — jederzeit seinen Mann gestanden. Auch die „Freunde“ eines verantwortlichen Redakteurs der sozialdemokratischen Presse hat er kosten müssen: 6 1/2 Monat Gefängnis wurden ihm zubilligt, die er auch voll hat abtun müssen.

Freiheitsprozess.

Vor dem Schöffengericht in Gagan hatte sich in einer Privatklage der verantwortliche Redakteur unseres Gölzinger Parteiblattes zu verantworten. In einer Notiz war abfällig kritisiert worden, daß der wohlhabende Steuersekretär Link in Gagan die Pacht von Schrebergärten, die von Arbeiterfrauen bewirtschaftet werden, um 2-3 R. erhöht habe. Die dreistündige Verhandlung endete mit der Freisprechung des Beklagten.

Aus den Organisationen.

Im Agitationsbezirk Dresden, dem die ersten neun sächsischen Reichstagswahlkreise angehören, ist nach dem Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes die Zahl der Mitglieder im Jahre 1914/15 von 64 568 auf 68 287 gestiegen. Davon waren am 31. März 1915 nicht weniger als 21 084 zum Militär eingezogen. Die Folge davon ist, daß die Beiträge stark zurückgegangen sind. Es wurden 177 361 R. an Mitgliedsbeiträgen eingenommen gegen 265 780 R. im Vorjahre. Die Zahl der Gemeindevorsteher ist von 1040 auf 997 gesunken. Versammlungen wurden insgesamt 1184 abgehalten, darunter 128 öffentliche. Es bestehen im Bezirk 90 lokale und 2 zentrale Bibliotheken mit 43 306 Bänden, 12 Bildungsausschüsse, 41 Jugendausschüsse, 6 Kinderjugendkommissionen, 3 Kreissekretariate und das Bezirkssekretariat. In die Hauptklasse in Berlin wurden 30 867 R., an die Bezirksklasse 20 332 R. von den Kreisen abgeführt. Dem Wahlfonds floßen nur 5072 R. zu, gegen 13 630 im Vorjahre. Auch die Parteipresse des Bezirks ist vom Krieg stark beeinträchtigt. Die Zahl der Abonnenten ging um 17 000 auf 56 860 zurück. — Das Organisationsleben ist während der Kriegszeit aufrecht erhalten geblieben, oft freilich nur unter größten Schwierigkeiten. Die Bestrebungen, unsere Jugendbewegung vor den Wogen der Bürgerlichen zu spannen, wurden überall im Bezirk entschieden abgewiesen. Im übrigen enthält der Bericht viel wertvolles dokumentarisches Material aus der Kriegszeit.

Die Frage der Bewilligung der Kriegskredite wurde in den meisten der neun Reichstagswahlkreise, die der Bezirk umfaßt, in Wahlkreis-Konferenzen erörtert. Beide Richtungen kamen durch einleitende Referate zum Wort. Die Verhandlungen verliefen überall durchaus sachlich. Beschlüsse wurden nirgends gefaßt. Damit soll erwartet werden, bis die Partei in Versammlungen und in ihrer Presse wieder frei und ungehindert zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen kann. Ueber die Haltung der „Dressener Volkszeitung“ während der Kriegszeit wurde in zwei Sitzungen Groß-Dressdens (drei Wahlkreise) debattiert und die Haltung mit 40 gegen 21 Stimmen gebilligt.

Berichtszeitung.

Eine raffinierte Kriegsschwindlerin.

Eine Kriegsschwindlerin der allergefährlichsten Sorte wurde gestern auf viele Jahre unschädlich gemacht. Wegen Betruges im straffschärfenden Rückfalle in 32 Fällen und schwerer Urkundenfälschung hatte die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Geh. Justizrats Linger gegen die aus der Haft vorgeführte Frau Klara Schulz zu verhandeln. — Die schon vielfach vorbestrafte Angeklagte hat in der Rolle einer Kriegswitwe folgenden inhumanen Schwindel verübt: Sie erschien in tiefer Trauerkleidung bei mehreren Inhaberinnen von Plättgeschäften und gab an, daß sie bisher in der Nähe gewohnt habe, jetzt aber, da ihr Mann bei Lützow gefallen sei, zu ihren Schwiegereltern nach Pöhlitz ziehen wolle. Sie habe bisher für die Verze des Birschow- und Urbanfrankenhauses die Plättwäsche besorgt und möchte nun der Inhaberin diese

einträgliche Arbeit übertragen. Diese freudige Ankündigung hatte dann gewöhnlich ein längeres Gespräch zur Folge, in welchem die Schwindlerin so ganz nebenbei vorbrachte, daß ihr Bruder, der Landwirt sei, ihr noch 14 Zentner Kartoffeln, 80 Pfund Wetzstein und eine Kiste mit Schinken, Eiern, Schmalz, Butter, Erbsen und anderen Nahrungsmitteln geschenkt habe, die sie nun, da sie nach abends abreisen wolle, gar nicht mehr brauchen könne. Sie würde die Kartoffeln irgendetwas armen Frauen gern billig ablassen und ihr die übrigen Sachen sogar schenken. Die Frauen wurden nunmehr erst recht aufmerksam und erklärten schließlich, daß sie selbst gern bereit wären, die Kartoffeln zu kaufen. Die Angeklagte holte nun einen der bekannten grünen Lagercheine der Güteranbahnungsstelle der Eisenbahn hervor und erklärte, daß sie die Kartoffeln, den Zentner mit einer Mark, abgeben wolle, außerdem habe sie schon 6 R. Lagergeld bezahlt, die ihr zurückerstattet werden müßten. Durch den Lagercheine sicher gemacht und durch das verlockende Angebot, den Zentner Kartoffeln für 1 R. kaufen zu können, zu einem schnellen Entschluß gedrängt, zahlten die Frauen die verlangten 20 R., um dann am nächsten Tage freudestrahlend nach dem Wohnhofe zu wandern, um sich dort vielfach mit Hilfe eines gleich mitgebrachten Fuhrwerks ihren Kartoffelsack abzuholen. Ihr Gesicht wurde immer länger, als ihnen der Beamte erklärte, daß schon mehrfach Frauen dort gewesen seien, und ihnen dann eine kleine Pappschachtel aushändigte. Wie die Zeuginnen vor Gericht in Tönen tiefer Empörung und grimmigster Wut bekundeten, hatte die Schwindlerin die Lagercheine gefälscht, nachdem sie die Pappschachteln zur Aufbewahrung gegeben hatte, die allerlei merkwürdige Dinge enthielten. Wie die Frauen mit wütenden Seitenblicken auf die Angeklagte erklärten, hätten sie in den Päckchen einen nassen Scheurerklappen, ein Kaminrohr, eine gebrauchte Aeschtbüchse und andere schöne Sachen gefunden. Auch mehrere Vertreter des städtischen Gesundheitsamtes waren auf den Schwindel hingefallen, so u. a. ein Arbeiter R., der der „Kriegswitwe“ für den auf 1 Zentner Kartoffeln lautenden gefälschten Lagercheine 20 R. gegeben hatte, um dafür eine Pappschachtel mit einem alten Stiefel zu erhalten. — Vor Gericht war die Angeklagte in sämtlichen Fällen geständig. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Schwindlerin 2 1/2 Jahre Zuchthaus. Das Gericht ging jedoch weit über diesen Antrag hinaus, da die Angeklagte die jegliche Kriegszeit zu einem ganz gemeinen und raffinierten Schwindel benutzt habe. Das Urteil lautete auf drei Jahre Zuchthaus, 4800 M. Geldstrafe, eventuell noch 480 Tage Zuchthaus zusätzlich und 5 Jahre Ehrverlust.

Zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ein gemeingefährlicher Verbrecher wurde gestern zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen schwerer Diebstahls, versuchter und vollendeter Nötigung und gefährlicher Körperverletzung war der „Arbeiter“ Wilhelm Schaal vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II angeklagt. Der Angeklagte, der sich zwar Arbeiter nennt, die größere Hälfte seines Lebens sich aber von jeder ehrlichen Arbeit ferngehalten hat, ist der Polizei seit langem als einer der gefährlichsten Verbrecher Berlins bekannt. Er pflegt, wenn er auf Einbrüche ausgeht, stets einen scharf geladenen Revolver bei sich zu führen, mit dem er, wenn er überrascht wird, sofort schießt. — In der Nacht zum 2. März drang der gefährliche Bürche in das Lokal des Schankwirts Orwat in Steglitz ein. Der in demselben Hause wohnhafte Arbeiter Schellhorn machte durch das Geräusch auf und benachrichtigte den Schankwirt. Als beide in das Lokal gingen, sprang plötzlich der Angeklagte auf sie zu, bedrohte sie mit dem scharf geladenen Revolver, so daß die Bedrohten im ersten Schreck den Verbrecher entschließen ließen. Als sie dann aber die Verfolgung aufnahmen, drehte sich Schaal plötzlich um und gab zwei Schüsse ab, welche Orwat in die Hand und in das Gesicht trafen, so daß die weitere Verfolgung aufgegeben werden mußte. Am 20. März spielte sich ein ähnlicher Vorgang in Groß-Lichterfelde ab. Der Angeklagte war in das Lokal des Schankwirts Krause eingedrungen und dann, als er sich mit der Beute entfernen wollte, von einem Eisenhändler Buback und einem Fuhrherrn Keisch überrascht worden. Auch hier schob der Angeklagte auf seine Verfolger, die Augen verließen aber zum Glück ihr Ziel, und der Verbrecher konnte nach kurzer Gegenwehr entkommen und überwältigt werden. — Der Staatsanwalt beantragte, da die menschliche Gesellschaft vor derartigen gemeingefährlichen Kreaturen auf möglichst lange Zeit befreit werden müsse, 10 Jahre Zuchthaus, sowie Polizeiaufsicht und Ehrverlust auf gleiche Dauer. Das Urteil lautete diesem Antrage entsprechend.

Eingegangene Druckschriften.

- Professor Bedier und die Tagebücher deutscher Soldaten. Von Prof. A. Parier, aus dem Dänischen von A. J. Coen. 60 Pf. G. Reimer, Berlin W 10.
- Ans Maxens Wäldern. Von J. Ekmann. (Bücherh. 1016.) 20 M. J. Müller, Berlin W 9.
- Die Zusage und ihre Bekämpfung. Von Dr. Dreum. 60 Pf. Jücher medizinische Buchhandlung, Berlin W 62.
- Kriegs-Chor-Literatur. Bekanntnis von einem Arbeiter. Klavierausgabe und Stimmen 2 R. — Deutsches Landturnlied von J. Reichert. 1 R. — Wäldergerbe und Friedenslied von J. Curtl. 2 R. — Westensriede von E. A. Uthmann. 1,40 M. J. Günther, Dresden.

Deutsches Theater
Kammerspiele
Vier letzte Aufführungen!
„Der Weibsteufler“.
Lucie Hüflich
Klein - Richard

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Flandern und der Krieg.

WINTERGARTEN
— Juni 1915. —
Guido Thielscher
„Venus im Grünen“.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Wörlichpl. 10623, 3578. Bureau: Jungferstraße 30

Bekanntmachung.
Die am 19. April 1915 vom Ausschuss beschlossene Abänderung des § 48 Absatz 2 der Klassenordnung, nach welcher die Beiträge unter Vorbehalt der Einlieferung durch Kassendirektoren von den Arbeitgebern direkt zur Kasse zu zahlen sind, hat die Genehmigung des Königl. Oberverwaltungsamtes Groß-Berlin erhalten und tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. 268/11
Druckeremplare dieser Abänderung sind im Kassensaal abzugeben.
Berlin, den 5. Juni 1915.
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse der
Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Gg.: M. Gutschke, Vorsitzender.

Theater für Dienstag, den 8. Juni.
Berliner Theater
8 Uhr: Extrablätter!
Deutsches Künstler-Theater
8 1/2 Uhr: Die Schöne vom Strand
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: Die Jädin.
(Gastsp. Leo Slezak)
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
8 1/2 U.: O diese Leutnants!
Kleines Theater
Scherz, Satire, Ironie
u. tiefere Bedeutung
Lustspielhaus
8 1/2 U.: Herrschaftl. Diener gesucht
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Hoheit tanzt Walzer
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der blinde Passagier

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Wohltäter der Menschheit
Thalia-Theater
8 Uhr: Alt-Berliner Possen-Abend:
Das erste Mittagessen.
Hermann und Dorothea.
Guten Morgen, Herr Fischer!
Theater am Nollendorfpf.
8 1/2 U.: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Der brave Fridolin
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter
Trilanon-Theater
8 1/2 Uhr: Die Heiratsschule
Volksbühne-Theater am Bülowplatz
8 1/2 Uhr: Die Lokalbahn. Hierauf:
Die Medaille

Palast
Theater am Zoo
Tägl. 8 Uhr. Sonntags 3 1/2, u. 8 Uhr
Ein Programm,
von dem Berlin spricht!
H. Steidl - H. Bender
Sämtl. Schlager neu für Berlin
Adelmanns ? Pain!
u. die weiteren auserwählten
Juni-Spezialitäten.
Kl. Preise. Angen. kühl. Aufenthalt

Bezirk Oberschöneweide.
Dienstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Warneke, Wilhelminenhofstraße 18.
Tagesordnung:
1. Bericht des Obmannes. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
8 1/2
Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
H. Gant, Gant, Frauenleiden,
neu. Schwäche, Weibstrafe jeder
Art, Ebrlich Gata - Ruren in
u. So. Janz.
Laborat. f.
Blut-
untersuchung. 8den i. Gantstr.
Friedrichstr. 781, gegenüber
Panoptikum
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: Wie deutsche Helden starben
Gartenbühne 1/8 S. D. Försterchristl.
Walhalla-Theater.
8 Uhr: Eine Meile in der Minute.
Gartenbühne: Apollo-Sänger.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Tägl. 8 Uhr:
Carmen.
Großes Anhaltungsstück in 5 Bildern.
Erstklassiges Varieté
Raffeneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Im Schützen-
graben.
Mittelschönes
Gespiel
von Resjel.
Anfang 8 Uhr.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Dr. Homeyer
Habe meine Praxis wied. aufgenommen.
Dr. Salingré, Schmidstr. 18.
Kennen Sie die Wohltat
einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie
aller
Bruchbandagen
Artikel 2. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.
Dierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Irländische Wirren.

Der „New Statesman“ bringt einen merkwürdigen Situationsbericht aus Irland. Die Ulster-Frage, schreibt er, ist mit dem Krieg nicht aus der Welt geschafft. Dieser Tage haben Doms-Külers in Belfast eine Broschüre, betitelt: „Das Kaiser's Ulster-Freunde“ herausgegeben, die den Führern der Ulster-Bewegung vorhält, den Deutschen ihre Unterstützung im Kriegsfall in Aussicht gestellt zu haben. In der Tat haben Ulsterleute ihrer insurrektionellen Gefinnung manchmal einen recht drastischen Ausdruck gegeben. So sagte im Dezember 1910 das Mitglied des Geheimen Rats Andrews einem Berichterstatter, daß er und seine Freunde bereit seien, sich rücksichtslos zu verteidigen und, wenn Großbritannien sie im Stich lasse, es vorzögen, sich durch Deutschland regieren zu lassen als durch Patrick Ford, John Redmond u. Co. (die irischen Nationalisten). Das Parlamentsmitglied Hauptmann Craig sagte einen Monat später dasselbe. Major Crawford drückte sich 1912 ebenso aus. — Es besteht eine aus Ulster-Leuten formierte Division, aber in Dublin geht das Gerücht um, daß Carson mit der Regierung heimlich übereingekommen sei, daß diese Truppe im Lande bleibe. „New Statesman“ hält das nicht für wahr, stellt aber fest, daß die Ulster-Leute noch nicht über den Kanal sind.

Eigenartig ist die Verarbeitung in Ulster. So wird in einem Flugblatt auf den antikatholischen Charakter der französischen Regierung hingewiesen und viele Ulster-Leute glauben jetzt, daß in Irland von den Alliierten der Entscheidungskampf gegen das Papsttum geführt werde. Von einer Versöhnung zwischen Ulster-Leuten und Nationalisten ist nicht die Rede. Das Hauptorgan der letzteren, „Freeman's Journal“ ist über die Zusammensetzung des Koalitionsministeriums sehr unzufrieden. Es schreibt, daß die Aufnahme des Rebellenführers Carson, der mit dem Deutschen Kaiser geführtd hat und mit dessen Wissen Freiherr von Kühlmann von der Londoner Botschaft nach Belfast gekommen sei, um die Ulster-Rizig zu sehen, ein Skandal sei. „Freeman's Journal“ gibt zu verstehen, Redmond werde vielleicht im Parlament der Führer der Opposition, besonders im Kampf gegen die allgemeine Dienstpflicht werden.

Eine ernste Zeitschrift wie „New Statesman“ schwächt nichts ins Blaue hinein. Trotzdem wird man in ihren Ausführungen kaum mehr sehen dürfen als den Beweis, daß die Kriegserregung in Irland noch nicht stark genug ist, um die innerpolitischen Gegensätze und Parteileidenschaften zum Schweigen zu bringen. Daß streitende Parteien einander die Beschuldigung hochverräterischer Absichten an den Kopf werfen, ist ein Brauch, den man auch in anderen Ländern oft genug geübt gesehen hat, z. B. in Oesterreich zwischen Deutschen und Slaven. Aber nichts wäre tödlicher, als wenn man etwa in Deutschland auf diese Beziehungen irgendwelche Hoffnungen gründen wollte. Es hat ja Leute gegeben, die auf die irischen Nationalisten rechneten, und man hat in deutschen Zeitungen, die für die Rechte nationaler Minderheiten sonst wenig übrig haben, entrüstete und sentimentale Artikel über die Unterdrückung Irlands zu lesen bekommen. Noch verkehrter als auf revolutionäre Stimmungen der irischen Nationalisten zu rechnen, für die immerhin die Stellung der amerikanischen Iren einige Anhaltspunkte zu bieten schien, wäre es, auf die andere Karte zu setzen und sich von den Ulster-Leuten irgend einen Nutzen für die deutsche Kriegführung zu versprechen. Die gesteigerte Leidenschaftlichkeit der irischen Parteikämpfe erklärt sich hinlänglich daraus, daß die Bildung des Koalitionskabinetts die politische Situation in Irland völlig verwirrt hat und die Parteien antreibt, den Gegner keinen Nutzen daraus ziehen zu lassen.

Politische Uebersicht.

Die „Kreuz-Zeitung“ gegen den „Vorwärts“.

Die „Kreuz-Zeitung“ kommt noch einmal auf die Rede des Grafen Westarp und die sozialdemokratische Erklärung in der letzten Reichstags-Sitzung zurück. Das konservative Organ vermahnt sich zunächst gegen Vorwürfe liberaler Blätter, daß Graf Westarp in seiner Entgegnung auf Eberts Rede „herausfordern“ und „taffel“ gewesen sei und eine „absichtliche Schroffheit des Tones“ gezeigt habe, die „mindestens überflüssig“ war. Die „Kreuz-Zeitung“ behauptet, Westarps Rede habe zu solchen Vorwürfen nicht den mindesten Anlaß gegeben. Wenn der nationalliberale Abgeordnete Schiffer den Ausdruck gebraucht habe, zwischen der Auffassung der Sozialdemokratie und derjenigen der nationalliberalen Partei tie sich in bezug auf die Kriegsziele eine „Kluft“ auf, so sei das eine mindestens ebenso scharfe Ausdrucksweise, wie sie der konservative Redner gebraucht habe.

In diese Auseinandersetzung des konservativen Blattes mit der liberalen Presse wollen wir uns nicht einmischen, zumal es uns fern liegt, mit dem Grafen Westarp und seinen Hintermännern über die Form rechten zu wanken, mit der er seine Anzionswünsche zu vertreten für gut hielt. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß das schroffe und unerbürmte Aussprechen dessen, was die Konservativen erstreben, nur zur Klärung der Situation beizutragen vermag und deshalb keineswegs vom Uebel ist.

Auch auf die Polemik gegen den „Vorwärts“ brauchen wir nicht ausführlich zu antworten. Es bleibt einfach bei unserer Feststellung, daß der sozialdemokratische Redner durch den Antrag Westarp verhindert worden ist, im Anschluß an die Erklärung des Reichskanzlers die sozialdemokratische Auffassung zur Kriegspolitik und den Friedenszielen darzulegen. Dieser Mangel an Rückhalt wurde am nächsten Tage fortgesetzt, als man den sozialdemokratischen Redner zwang, nach der Erörterung einer ganzen Anzahl anderer Gegenstände im Anschluß an „zwei belanglose Petitionen“ die von der sozialdemokratischen Fraktion beschlossene Erklärung abzugeben.

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ behauptet, daß sowohl die sämtlichen bürgerlichen Parteien wie die Regierung die Absicht der Sozialdemokratie, der Kanzlerrede eine besondere Aeußerung über ihre Friedensziele entgegenzustellen, nicht gebilligt habe, so würde das nur zur schärferen Charakteristik der Tatsache beitragen, daß man es der Sozialdemokratie unmöglich machen wollte, ihrem Standpunkt zum Kriege Ausdruck zu geben. Es ist auch höchst naiv von der „Kreuz-Zeitung“, wenn sie so tut, als bedeute die sozialdemokratische Erklärung eine Provokation, die den bürgerlichen Parteien ihre Antwort aufgezwungen hätte. In Wirklichkeit war die Auffassung dieser bürgerlichen Parteien gerade durch die Ausführungen des Reichskanzlers bereits zum markantesten Ausdruck gekommen. Mit der Erklärung Bethmann-Hollwegs konnten die Konservativen und Nationalliberalen vollstän-

dig einverstanden sein, wohl aber war die Sozialdemokratie genötigt, ihren vollständig abweichenden Standpunkt ausdrücklich auszusprechen.

Zur Frage der Einführung von Höchstpreisen für Schlachtvieh und Fleisch.

Auf Veranlassung des Sächsischen Ministeriums hat der Ständige Ausschuß des Landeskulturrates für das Königreich Sachsen zu der Frage der Einführung von Höchstpreisen für Schlachtvieh und Fleisch Stellung genommen und sich gutachtlich dahin geäußert, daß eine Beschlagnahme und Verteilung, wie dies beim Brotgetreide sei, hinsichtlich des Fleisches nicht durchführbar ist, weil die Qualität des Fleisches sehr verschieden und die Haltbarkeit eine begrenzte ist. Durch Einführung von Höchstpreisen würde das vorgedachte Ziel niemals erreicht werden, durch zu hohe Höchstpreise würde man Inzucht bei den Verbrauchern erwecken, durch zu niedrige Höchstpreise würde der Anreiz, Vieh zu mästen, genommen und dadurch die Fleischknappheit noch vergrößert werden; bei zu niedrigen Fleischpreisen würde jeder Anspruch auf Fleisch erbeben, jedoch könnte dieser Anspruch nicht befriedigt werden. Die Bevölkerung müsse deshalb mehr als bisher dazu angehalten werden, in verstärktem Maße vegetabilische Gerichte zu bevorzugen und den Fleischgenuß einzuschränken. Auch sei es dringend notwendig, das allein in Sachsen bestehende Verfütterungsverbot von Kartoffeln aufzuheben, weil dadurch die Landwirte in den Stand gesetzt werden, die Schweinemast wieder zu betreiben. — Eine von mehreren Korporationen an die Regierung gerichtete Eingabe verlangt in Gegensatz zum Landeskulturrat Einführung von Höchstpreisen. Es wird in dieser Eingabe u. a. folgendes ausgeführt: Während der Staat für Beschaffung von Getreide und Brot sowie für die festgelegten Höchstpreise sorgt, vernimmt man diese staatliche Hilfe für den Fleischbedarf gänzlich. Die Fleischpreise steigen in jeder Woche um 20 Pf. und Schinken wird jetzt mit 2,80 M., 3 M., ja mit 3,20 M. pro Pfund verkauft, während ein Großhändler zur gleichen Zeit 80 Zentner ff. geräucherter prima Schinken mit 165 M. den Zentner in den Tageszeitungen anbietet. Warum setzt der Staat hier keine Höchstpreise fest? Wenn man die Ansichten der Fleischer darüber hört, erfährt man, daß ein Fleischer bei diesen Preisen kaum bestehen kann, und daß die Preise in den nächsten Wochen nochmals in die Höhe getrieben werden müssen, damit er wenigstens sein ausgelegtes Geld wieder herausbekommt. Solche Einwendungen müßten behördlich geprüft werden. Es handelt sich um Lebensmittel wie beim Bäder. Was hier recht ist, muß beim Fleischer billig sein. Wo bleibt hier die Staatsaufsicht mit den festgelegten Höchstpreisen für Fleisch? Was soll nun der Beamte, Kaufmann, Industrielle, Handwerker usw., dessen Einnahmen nicht steigen, sondern geringer sind, angesichts der unkontrollierten Preissteigerungen machen?

Politische und wirtschaftliche Angliederungspolitik.

Im „Tag“ beschäftigt sich der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo Böttcher mit dem Thema „Staatenbinde oder wirtschaftliche Annäherungen“. Die Frage einer mittel-europäischen Staatenverbindung oder wirtschaftlicher Unionen sei, so führt Böttcher aus, ein Kriegsziel, das der öffentlichen Erörterung in weitem Umfange freigegeben sei. Aber auch dieses Thema schließt „nicht weniger Zweifelsfragen“ ein, als die übrigen Kriegsziele und verdiene deshalb eine nicht minder kritische Behandlung. Und zwar nicht nur der Wirkung auf das neutrale Ausland wegen. In dieser Hinsicht habe man allerdings bereits die bedenklichsten Wirkungen erreicht:

Es ist in einigen Betrachtungen schon über die Neutralen: die skandinavischen Staaten, Niederlande, Schweiz verfügt worden. Selbst die vorzüglichste und hypothetische Form hat verlegt. Die gönnerhaften Anweisungen an die Neutralen gar, die von anderer Seite beliebt wurden, sich demnächst in einen großen Schutzverband unter Deutschlands Führung zu begeben, haben bei den Neutralen bis jetzt lediglich eine unklaren Feinden erwünschte Wirkung ausgeübt. Die Sache liegt offenbar viel schwieriger, als sowohl die Pazifisten als auch die Politiker von Großdeutschland annehmen.

Die Schwierigkeiten des Problems erläutert Böttcher dann eingehender an der Frage einer Wirtschaftsunion zwischen Deutschland und Oesterreich.

Der Verfasser schließt seinen Artikel mit den Worten:

Nach meiner Meinung heißt es für Deutschland in den nächsten Jahren nicht philosophieren, sondern leben, unserer Landwirtschaft den inneren Markt und unserer Ausfuhrindustrie die Austräge aus aller Herren Länder zu sichern, damit es nach dem starken Blutverlust wieder zu Kräften komme.

Was Böttcher hier über die Bedürfnisse der deutschen Ausfuhrindustrie sagt, entspricht sicherlich in weit höherem Maße einem wirtschaftlichen Lebensinteresse Deutschlands, als so mancherlei Phantastereien über eine wirtschaftliche Angliederungspolitik, die zu nichts zu dienen vermögen, als auch noch den Rest der neutralen Staaten gegen Deutschland mißtrauisch zu machen und zu erbittern. Ganz abgesehen von ihrer aufstachelnden Wirkung auf die Staaten, mit denen Deutschland Krieg führt.

Handelt es sich aber dabei um das wahre Interesse Deutschlands, daß Deutschlands Industrie sich in absehbarer Zeit wieder die „Austräge aus aller Herren Länder zu sichern“ vermag, so darf auch nicht übersehen werden, ein wie überragend großer Anteil der deutschen Ausfuhr gerade nach jenen Ländern ging, mit denen wir im Kriege liegen.

Fort mit den geheimen Staatsverträgen!

Das Verdammnisurteil über die geheimen Staatsverträge fällt auch der freisinnige Reichstagsabg. Konrad Hauptmann in der jüngsten Nummer des „März“. Am Schluß seines Artikels über Italien sagt er:

„Italien hat geheime Verträge mit dem Dreierbunde und auch der Dreierbundevertrag ist geheim gehalten worden.“

In der Geheimheit der Staatsverträge liegt ein besonderer Fluch und Schaden, ein Element der Unsicherheit und der Unrechlichkeit gegen das eigene Volk. Auch Deutschland hätte schon lange wissen müssen, was in dem Dreierbundevertrag steht, vereinbart oder nicht vereinbart ist. Ich habe das längst bebauert und noch im März 1915 den Staatssekretär v. Jagow angefragt, ob er den Vertrag nicht der Budgetkommission mitteilen könne. Er erklärte, es nicht tun zu können. Ich habe die Anregung in der Reichskanzlei jetzt

ernuert und hoffe, daß der Vertrag publiziert ist, ehe diese Zeilen gedruckt sind. Ich hoffe noch viel mehr, daß dem künftigen Europa der verwirrende und Mißtrauen und Hinterhältigkeit stiftende Schaden von Geheimverträgen erspart sein wird. Denn die Fehler der Vergangenheit rächen sich grausam und nicht bloß in Italien.“

Ähnliche Worte sind von sozialdemokratischer Seite oft schon gefunden worden gegen die Heimlichkeit der Staatsverträge, die den Keim von Konflikten in sich tragen. Aber auf bürgerlicher Seite hatte man bisher hierfür wenig Verständnis gezeigt. Das „Umlernen“ auf diesem Gebiet würde den Völkern wirklich zum Segen gereichen.

Der Krieg birgt keine Gefahr für das kapitalistische System.

In Freiburg i. Br. hielt der dortige Universitätsprofessor Liepmann — sein Fach ist Nationalökonomie — einen öffentlichen Vortrag über das Thema: „Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher?“ Der Herr Professor verneinte natürlich diese Frage. Er mußte sie schon deshalb verneinen, weil nach seiner Meinung der Krieg für Deutschland verloren und wenigstens als Wirtschaftskrieg für die Gegner gewonnen sei, wenn der Sozialismus triumphieren würde. Er begründete diese Meinung und vor allem seine Auffassung, daß der Krieg nicht im geringsten geeignet sei, an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu rütteln, wie folgt:

Durch die Annäherung an die sozialistische Wirtschaftsidee wird die Arbeitsenergie der einzelnen Staatsbürger geschwächt. Nach dem Kriege aber brauche der Staat für seine Bedarfszwecke für Heer und Marine, zur Deckung seiner Schulden sehr viel Geld. Die Erhaltung der Kriegsinvaliden kostete allein jährlich 1000 Millionen. Wenn sich der Staat auch durch neue Metropole auf Tabak, Branntwein usw. sichere Einnahmequellen verschaffen könne, so müsse er doch von der wirtschaftlichen Leistung des einzelnen das Höchste erwarten, um das nötige Steuerquantum zu erhalten. Ein sozialistisches Staatswesen sei nicht imstande, die gleiche Ertragsfähigkeit zu liefern, auch um deswillen nicht, weil im sozialistischen Staat keineswegs so intensiv gearbeitet werde, wie unter kapitalistischen Wirtschaftsformen.

Den seit August v. J. getroffenen Kriegsmahnahmen, wie Beschlagnahme von Wehl und Getreide, Einführung der Weolarte, Festsetzung von Höchstpreisen, mißt Prof. Liepmann als etwaige sozialistische Symptome keinerlei Bedeutung zu. Sie seien nicht einmal sozialistisch, sondern kommunistisch und berührten nicht das Grundprinzip des Sozialismus: Regelung der Produktion. Zudem würden sie nach dem Kriege wieder aufgehoben. Die gegenwärtige Hilfsbereitschaft zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten sei nicht im sozialistischen Sinne zu werten. Nach dem Kriege würden die Menschen nicht altruistischer sein, wie vor dem 31. Juli 1914. Die Kämpfe zwischen Unternehmer und Arbeiter, zwischen den Konsumenten und Produzenten kehren wieder und würden schon bei der Einführung der benötigten Monopole stark in die Erscheinung treten. Auch die politischen Auseinandersetzungen würden fortgesetzt, denn die politischen Parteien blieben bestehen. Und als Ergebnis aller dieser Betrachtungen sei festzulegen: Eine Aenderung des Wirtschaftsmechanismus nach dem Kriege sei nicht zu erwarten. Das übrige ergebe sich von selbst.

Wir wollen mit dem Herrn Professor darüber nicht rechten, ob die sozialistische oder die kapitalistische Wirtschaftsweise produktiver ist. Darin allerdings wird er recht behalten, daß der Krieg an den Klassenverhältnissen sowie an dem System der kapitalistischen Wirtschaftsweise nichts ändert.

Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende „Verordnung über Zulassung von Strafbefehlen bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen.“

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Bei Vergehen gegen Vorschriften, die auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 327) ergangen sind oder noch ergehen und keine schwerere Strafe als Gefängnis bis zu einem Jahre, allein oder in Verbindung mit Geldstrafe und Einziehung oder einem von beiden androhen, kann die Strafe durch Strafbefehl des Amtsrichters festgesetzt werden.

Sachen, in denen der Antrag auf Erlass des Strafbefehls gestellt ist, gelten als zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörig. Auf das Verfahren finden die §§ 447—452 der Strafprozeßordnung mit der Maßgabe Anwendung, daß der Antrag auf Erlass des Strafbefehls von dem Staatsanwalt zu stellen ist.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. Juni 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Deßbrück.

Das Vorgehen der Handelsinteressenten.

Der Verein der Berliner Getreidehändler hat bekanntlich an die Berliner Handelskammer das Ersuchen gerichtet, daß die Kriegsgetreidegesellschaft beseitigt und dem Privathandel wieder freie Hand gelassen werde. Die Handelskammer überwies den Antrag mit geringen Aenderungen dem Bundesrat. Sie hat aber nachträglich, am 4. Juni, nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ einen Beschluß gefaßt, der vollständig auf dem Standpunkte der Getreidehändler steht; der Beschluß lautet:

„Die Sicherstellung der Volks- und Nahrungsmittel mit Brotgetreide, Gerste, Hafer und anderen Futtermitteln sowie mit Kartoffeln kann unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen auch im neuen Erntejahre nur durch eine überall im Reiche systematisch durchgeführte Regelung und nach gleichmäßiger Grundfängen erfolgende Befriedigung des Bedarfs erreicht werden. Hierfür sind unentbehrlich zentrale Organisationen, denen es obliegt, die Bestände zu ermitteln, sie unter Bemessung des Verbrauchs in geordnete Wege zu lenken und für Vorräte zu sorgen, die auch während einer längeren Dauer des Krieges eine ausreichende Versorgung von Stadt und Land gewährleisten. Die Handelskammer verkennt nicht, daß die Organisationen gewisse unvermeidliche Schwierigkeiten für die beteiligten Ernterestände haben müssen. Sie kann es jedoch nicht billigen, daß dabei große Kreise des Handels brachgelegt und zur Erwerbslosigkeit verurteilt worden sind. Es findet jetzt in den Organisationen nur derjenige Teil des Handels Beschäftigung, der in örtlich begrenzten Bezirken als Ankauf der Ware bestellt ist. Wir erachten das nicht für ausreichend, sondern verlangen, daß der gesamte Getreide- und Futtermittelhandel in ihr Arbeitsgebiet eingeschlossen und deshalb

auch in geeigneter Weise die Mitwirkung des Handels an den großen Verbrauchslagen in Anspruch genommen wird, der weit überwiegend dem Mittelstand angehört und durch seine Ausschaltung aufs schwerste in seiner Existenz gefährdet wird. Vermöge seiner sich auf weite Gebiete erstreckenden genauen Kenntnis des Getreide- und Futtermittelhandels, seiner bewährten Eurchaltungen, seiner in der Gesamtheit bedeutendsten Kapitalkraft ist gerade dieser Handel besonders befugt, die staatlichen Organisationen in der Erfüllung ihrer Aufgaben erfolgreich zu unterstützen. Ihn auch für spätere Zeiten zu erhalten, ist im Interesse der Verbraucher und Erzeuger gleichmäßig geboten.

Nachdem die Handelskammer etwas geögert hat, macht sie sich zum berechneten Vorkäufer der Händler; ganz natürlich, denn sie ist ja deren ausführendes Organ. Wir möchten wissen, was die Handelskammer unter den unentbehrlichen zentralen Organisationen versteht; sind es etwa solche, wie sie der Landwirtschaftsrat fordert, zusammengefasst aus lauter Privatinteressenten unter Ausschluss von Vertretern der Arbeiterschaft? — Die Aktion gegen die staatliche Regelung des Konsums wird bereits systematisch geführt, sowohl seitens der Grundbesitzer wie des Handels und der Industrie. Die Regierung muß gegenüber diesen Anläufen nicht nur fest bleiben, sondern sie muß danach trachten, ihren Einfluß auf die Regelung und Preisbildung auszuweiten und zu stärken. Nimmermehr dürfen in dieser schweren Zeit der Not die Interessen des Volkes vollständig dem Spekulantentum ausgeliefert werden!

Aus Industrie und Handel.

Amerikanische Kriegsgewinne.

Die Verbündeten haben bei amerikanischen Fabriken fünf Millionen Schrapnellhüllen in Auftrag gegeben. Davon liefert die American Locomotive Company 2 1/2 Millionen, den Rest teilen sich die Firmen New York Air Brake Co. und die Westinghouse Co. Es handelt sich dabei um ein Objekt von 290 Millionen Mark.

Die Westinghouse Co. beabsichtigt ferner, bedeutende Vertriebsverweigerungen vorzunehmen in Erwartung eines Kisenauftrages an Gewehren, über den noch nichts Näheres verkauft.

Einfuhr von Därmen aus der Türkei nach Deutschland. Nach einer Anordnung des ungarischen Ackerbauministeriums ist die ungarische Eintrittsstation Predeal angewiesen worden, die aus der Türkei durch Rumänien während des Kriegszustandes in Postpaketen eingehenden, vollkommen trockenen Därme und gefüllten Schafsdärme ohne die von Fall zu Fall lautende Sonderbewilligung des Ackerbauministeriums und ohne Forderung eines veterinärpolizeilichen Zeugnisses nach vorchriftsmäßiger Kontrolle in der Eintrittsstation zur unmittelbaren Durchfuhr nach Deutschland durchzulassen.

Ernteaussichten in Indien. Die endgültige Schätzung der indischen Weizenerte gibt nach „Morning Post“ vom 31. Mai die mit Weizen besetzte Fläche mit 32 250 000 Acres an, das heißt 82 000 Acres mehr, als die Aprilschätzung angab. Die Ernte wird auf 10 260 000 Tonnen geschätzt, an sich eine Höchstziffer, aber 9000 Tonnen unterhalb der Aprilschätzung.

Südamerikanische Wirtschaftslage.

Dem „Journal des Débats“ vom 29. Mai wird von einem kürzlich aus Buenos Aires zurückgekehrten Leser folgendes geschrieben: Mit Ausnahme Uruguays, welches dank einer Steuerreform sich vor dem Defizit retten konnte, sind alle südamerikanischen Republiken von den Rückwirkungen des europäischen Krieges stark in Mitleidenchaft gezogen. In dessen muß man scharf unterscheiden zwischen der entschieden mittelwichtigen Lage der Staatsfinanzen und der dagegen schon Anzeichen der Besserung aufweisenden Wirtschaftslage.

In Argentinien zeigt nach einer Zeit der Depression, die besonders fühlbar in Wolle und Leder war, der Handel eine Aufwärtsbewegung. Die Eisenbahnen weisen einen lebhafteren Verkehr auf, die Zerealien- und Flachsernte ist überreichlich, verschiedene kriegsführende Länder haben bedeutende Abschlässe für allmähliche Lieferungen getätigt; an der Börse, wo während der letzten Monate eine pessimistische Stimmung obwaltete, hat man wieder mehr Mut bekommen auf die Nachfrist hin, daß die argentinischen Kurie in London fester geworden sind; endlich hat man leghin in Buenos Aires verschiedene interessante Immobilien-Transaktionen probiert.

Dagegen erfordern die öffentlichen Finanzen die größte Aufmerksamkeit seitens der Regierung. Das Budget für 1915 wird sich, trotzdem für mehr als 120 Millionen franz. Erparnisse gemacht worden sind, nicht ins Gleichgewicht bringen lassen; eine mit Schwierigkeiten bei den Vereinigten Staaten untergebrachte Anleihe von 75 Millionen franz. war nur ein Ausweg, vielleicht mehr kostspielig als zweckmäßig. Die maßgebenden Sachverständigen sind der Ansicht, daß eine Abänderung des fiskalischen Regimes Argentinens binnen kurzem sich als unerlässlich erweist; neue Steuern sind nicht zu umgehen und werden wahrscheinlich die Erbschaften, den Grundstückswertzuwachs usw. treffen. Man spricht auch von Gelezen, welche die Besteuerung sehr großer Besitztümer und die Einrichtung von mittleren vorzuziehen. Trotz der propagandistischen Bestrebungen einiger Pankebankiers geht der allgemeine Einbruch dahin, daß das nordamerikanische Kapital nicht zureicht, um eine wirtschaftliche Wiedergeburt herbeizuführen; alle Hoffnungen wenden sich nach London und Paris.

Soziales.

Beauftragter Beschluß der Generalversammlung einer Ortskrankenkasse.

Die Ortskrankenkasse der Tabakfabrikarbeiter zu Berlin wurde zum 1. Januar 1914 infolge der neuen Versicherungsregelung aufgelöst und ihre Mitglieder traten in die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin ein. Einige Zeit früher, als die Auflösung schon feststand, beschloß die Generalversammlung der Kasse der Tabakfabrikarbeiter, daß dem 64-jährigen Rentanten Engel nach Beendigung der Geschäfte der aufgelösten Kasse eine Pension von jährlich 600 M. zufließen solle.

Der Berliner Magistrat als Aufsichtsbehörde beantragte die Ausführung jenes Beschlusses, weil er den Gesetzen zuwiderlaufe. Engel sei nur Angestellter im Sinne des § 32 des Ausführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung. Er habe nur Anspruch darauf, daß sich gemäß des erwähnten § 32 die Ablauffrist des Vertragsverhältnisses abweichend von § 302 der Reichsversicherungsordnung auf 12 Monate verlängere. Der Pensionsbeschuß gehe in abweichender Weise darüber hinaus.

Der Vorstand der aufgelösten Tabakfabrikarbeiterkasse klagte auf Aufhebung der Beauftragung.

Der Bezirksausschuß wies aber die Klage ab und erachtete die Beauftragung des Beschlusses der Generalversammlung für gerechtfertigt.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf das weitere Rechtsmittel des Vorstandes mit folgender Begründung:

Für die Entscheidung kämen die Bestimmungen des bisherigen Krankenversicherungsgesetzes in Frage. Da die dem Rentanten Engel zugesagte Pension sich unter irgendeiner anderen Rubrik nicht bringen lasse, so handele es sich lediglich darum, ob diese Gelder zu den Verwaltungskosten gehörten oder nicht. Diese Pensionsgelder seien aber nicht unter die Verwaltungskosten zu bringen, Sie sollten nur eine freiwillige Zuwendung

sein, um Engel damit zu erfreuen. Eine rechtliche Grundlage habe diese Zusage nicht. Daraus ergebe sich, daß der Magistrat mit Recht die Ausführung des fraglichen Beschlusses der Generalversammlung der aufgelösten Ortskrankenkasse der Tabakfabrikarbeiter untersagt habe.

(Die Allgemeine Ortskrankenkasse war dem Verfahren beigeklagen worden.)

Vertragsbruch, Geschäft und Liebe.

Eine auf Zahlung von Vertragsstrafe gerichtete Klage, die am Montag vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts verhandelt wurde, ergab manche Einzelheiten und Nebenumstände, die zusammengefaßt folgendes Bild ergeben.

Der Beklagte war vertraglich mit einem Jahresgehalt von 7000 M. als Zuschneider im Geschäft des Klägers angestellt. Am 1. Juli vorigen Jahres hat er den Vertrag, der noch lange nicht abgelaufen war, einseitig gelöst. Der Kläger verlangt Zahlung der im Vertrage für den Fall widerrechtlicher Lösung festgesetzter Strafe von 6000 M. — Der Beklagte wendet ein, er sei zur vorzeitigen Lösung des Vertrages berechtigt gewesen unter anderem, weil der Kläger die Frau des Beklagten schwer beleidigt habe und weil das Geschäft des Klägers vor dem Zusammenbruch gestanden habe. Dagegen geht aus anderen in der Verhandlung festgestellten Tatsachen hervor, daß der Beklagte deshalb den Vertrag gelöst hat, um mit einem Geldmanne zusammen ein eigenes Geschäft zu gründen. Zum Beweise für die von ihm angegebenen Gründe für den Vertragsbruch berief sich der Beklagte auf eine Zeugin, aus deren Angaben folgendes hervorging: Die Zeugin, eine 28 Jahre alte Modistin, hat längere Zeit Beziehungen zu dem Kläger gehabt, die trotz aller Umschreibungen, welche die Zeugin diesem Verhältnis zu geben suchte, als ein Liebesverhältnis angesehen werden muß. Eines Tages, als die Zeugin eben die Koffer gepackt hatte, um gemeinsam mit dem Kläger eine Reise anzutreten, erhielt sie von diesem einen Absagebrief mit der Mitteilung, der Kläger müsse das Verhältnis zu ihr lösen, weil er sich verheiratet wolle. Bald darauf hat der Kläger denn auch eine reiche Dame geheiratet und mit ihrem Gelde das Geschäft, welches nach Angabe der Zeugin, die es von ihm selbst erfahren haben will, vor dem Zusammenbruch stand, wieder flott zu machen. Wie das in solchen Fällen zu geschehen pflegt, hatte das abgebrochene Liebesverhältnis feindselige Empfindungen, wenigstens auf Seiten der Zeugin, zur Folge. Was sie früher in vertraulichen Stunden aus dem Munde des Klägers über die Frau des Beklagten gehört hatte, teilte sie diesem und seinem jetzigen Sozium mit. Diese Äußerungen waren für die Frau des Beklagten ohne Zweifel ehrenkränkend. Aber der Beklagte hat das durch die Zeugin schon ein Jahr vor der Lösung seines Vertrages mit dem Kläger erfahren und nichts dagegen getan. Deshalb nahm das Gericht an, daß die Beleidigung seiner Frau den Beklagten nicht veranlaßt habe, den Vertrag zu lösen. Auch die anderen Gründe, welche der Beklagte zur Rechtfertigung seines Vertragsbruchs anführte, hielt das Gericht nicht für stichhaltig. Es bezurteilte den Beklagten zur Zahlung der Vertragsstrafe, setzte sie aber auf 2000 M. herab, weil etwa die Hälfte der Vertragszeit bei dessen Lösung bereits abgelaufen war.

Ein angeblich bestohlener Rutscher.

Ein Geschäftsrutscher, der abends von seiner Tagedeure zurückkehrte, fand das Geschäft bereits geschlossen. Da er also nicht mehr abrechnen konnte, nahm er die von der Kundschaft eingezogenen Geldbeträge, insgesamt 140 M., mit nach Hause. Unterwegs kehrte er aber erst in einer Aneipe ein und da ist ihm, wie er behauptet, das ganze Geld gestohlen worden. Vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts klagte die Firma gegen den Rutscher auf Zahlung der 140 M. Sie machte geltend, der Rutscher hätte nach Geschäftsschluss das Geld dem Vorzier zur Aufbewahrung übergeben können. Es wurde auch festgestellt, daß der bestohlene Rutscher wegen verlusteten Einbruchsdiebstahls verurteilt ist. — Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung des von ihm nicht abgelieferten Betrages. Er habe für die Ablieferung des von ihm einbestellten Geldes aufzukommen, wenn man auch vom sozialen Standpunkt aus wünschen könne, daß dem Beklagten die Abrechnung auch nach Geschäftsschluss ermöglicht worden wäre. Eigentümlich erscheint die Angabe, daß der Beklagte in einem Schanklokal bestohlen worden sei. Das hätte er verhindern können, wenn er auf das mitgeführte Geld aufgepaßt hätte.

Das verbotene italienische Lied.

In die Zeit der diplomatischen Verhandlungen, welche den Eintritt Italiens in den Weltkrieg verhindern sollten, fällt der Anlaß zu einer Klage, die vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts zum Austrag gebracht wurde. Beklagter war die Direktion des Zirkus Schumann wegen Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen, die sie einem Sängerkwartett gegenüber eingegangen war.

Das deutsch-österreichische Sängerkwartett Steinegg war für das Varieté des Zirkus Schumann für einen halben Monat gegen eine Gage von 40 M. pro Abend engagiert worden. Das Quartett hatte nach dem Vertrage zwei Gesangsnummern vorzutragen, die es selbst zu bestimmen hatte. Die Sänger setzten in diesem Falle ein patriotisches Marschlied und einen musikalischen Scherz auf das Programm. Die letztere Nummer war eine Parodie italienischer Opernmusik. Ihr Text bestand lediglich aus den allgemein üblichen, der italienischen Sprache entnommenen musikalischen Vortragsbezeichnungen wie: Forte, fortissimo, piano, pianissimo, abagio, allegro, moderato usw. In einigen Abenden hatten die Sänger beide Nummern vorgetragen. Dann verbot die polizeiliche Zensur den weiteren Vortrag der Parodie, welche unter dem Titel „Italienischer Salat“ auf dem Programm stand. Nach Angabe des Beklagten hat es der Zensur als unzulässig bezeichnet, wenn in der damaligen gespannten Zeit, wo der Krieg mit Italien auszubrochen drohte, auf einer deutschen Bühne etwas vorgezogen würde, was die Italiener verletzen könnte. — Das Sängerkwartett vermochte für die verbotene Nummer nicht sogleich Ersatz zu beschaffen, weil es nichts anderes zur Zensur eingereicht hatte. Der Kläger erklärt das damit, daß sein Quartett sofort nach dem Engagement aufzutreten mußte, weshalb nicht mehr Zeit war, um andere Nummern bei der Polizei einzureichen. Es vergingen immer erst 5 bis 6 Tage, ehe die Zensur über eine ihr eingereichte Nummer Entscheidung getroffen habe. — Das Quartett war also nur noch in der Lage, das patriotische Marschlied vorzutragen. Das genügte aber der Direktion des Zirkus Schumann nicht. Sie erklärte den Vertrag mit dem Sängerkwartett für aufgehoben, weil dieser die vertragliche Verpflichtung, zwei Nummern zu bringen, nicht erfüllen konnte. — Der Kläger fordert Zahlung der Gage für die Vertragszeit, da es aus den angeführten Gründen nicht seine Schuld sei, daß er den Vertrag nicht habe erfüllen können. Letzteres habe er sich bereit erklärt, sobald eine andere von ihm vorzulegende Nummer von der Zensur genehmigt sei, die vertraglich ausbedungene Zeit hindurch aufzutreten. Davon aber wollte die Direktion nichts wissen. Sie bestand ohne Rücksicht auf ihrem Schein. Der Vertreter der Direktion bestritt auch die Zuständigkeit des Gewerbegerichts, da der Kläger als Führer eines Quartetts selbständiger Unternehmer sei.

Diesen Einwand erklärte das Gericht für unbegründet. Der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, suchte den Beklagten zu einem Vergleich zu bewegen, indem er bemerkte, schon sei es gerade nicht, daß sich die Direktion in diesem Falle auf den schroffen Rechtsstandpunkt stelle. — Aber der Vertreter der Direktion beharrte auf dem schroffen Standpunkt und lehnte jeden Vergleich ab. — Das Gericht erkannte dann auf Abweisung der Klage, da der Kläger vertraglich verpflichtet war, zwei Lieder zu bringen, welche die Zensur nicht beanstandet hatte.

Gewerkschaftliches.

An die Gewerkschaftskartelle!

Die Kartelle werden ersucht, die Wahl von Vertretern in die Ortsausschüsse zur Fürsorge für die Kriegsbekämpften, soweit das noch nicht geschehen ist, unverzüglich vorzunehmen.

Die Adressen sind mit Angabe des Berufes des Gewählten spätestens bis zum Montag, den 14. Juni 1915, an

Otto Wels, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, einzusenden.

Wir ersuchen die Gewerkschaftsfunktionäre aller Verufe für die Ausführung dieser Aufforderung zu sorgen.

Die Gauleiterkommission der Provinz Brandenburg.

Deutsches Reich.

Streiks und Aussperrungen seit Beginn des Krieges.

Trotz des Burgfriedens sind seit dem Kriegsbeginn seit Ende März 1915 laut Mitteilung des „Reichsarbeitsblattes“ 52 Arbeitskämpfe ausgebrochen, und zwar 50 Streiks und 2 Aussperrungen mit 4020 Beteiligten. Diese verteilen sich auf 13 Gewerbegruppen. Der Bergbau steht mit 7 Streiks und 1991 Beteiligten an erster Stelle. Die Metallindustrie folgt als nächste mit 6 Streiks und 1180 Beteiligten sowie mit einer Aussperrung, von der 86 Arbeiter betroffen wurden. Eine Aussperrung mit 82 Arbeitern kam in der Bekleidungsindustrie vor.

Vollen Erfolg hatten die Arbeiter bei 11 Streiks, an denen 1651 Arbeiter beteiligt waren; in 12 Fällen mit 686 Beteiligten war teilweiser Erfolg und in 29 Fällen, bei denen 1710 Arbeiter beteiligt waren, war kein Erfolg zu verzeichnen.

Bei den Streikfällen ist der volle Erfolg etwas häufiger auf Seiten der Arbeiter, als im letzten Jahrfrist. Es hatten von den 52 Arbeitskämpfen der Kriegszeit 11 Streiks vollen, zwölf Streiks teilweisen Erfolg, während in 29 Fällen kein Erfolg zu verzeichnen war. Sechszwanzig von den 52 Arbeitskämpfen wurden durch Vergleichsverhandlungen beigelegt. Besonders hervorzuheben ist, daß in einem Falle ein staatlicher Bergbeamter mit einem Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes in diesem Sinne zusammenwirkte. In einem anderen Falle wurde auf Veranlassung des Generalkommandos ein Einigungsaußschuß gebildet.

In zehn Streikfällen handelte es sich um Betriebe, die Betriebsbedarf fertigten. Die Dauer der Arbeitskämpfe war wesentlich länger als zu anderen Zeiten; durchschnittlich betrug sie 4,77 Tage, auf die streikenden beziehungsweise ausgesperrten Personen kamen nur 4,32 Kampftage, während die durchschnittliche Zahl der Kampftage, auf den einzelnen Streikenden oder Aussperrten berechnet, im letzten Jahrfrist nahezu 28 Tage betrug.

Kriegsdienst im Glasarbeiterverband.

Am 30. April wurde vom Verbands der Glasarbeiter eine Statistik veranstaltet. Die Arbeitslosigkeit der Glasarbeiter war in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn so hoch, wie bei fast keiner anderen Gewerkschaft. Noch am 30. Oktober wurden 24,51 Proz. Arbeitslose gezählt, diese Zahl verringerte sich dann am 31. Januar auf 12,24 Proz., am 30. April auf 6,98 Proz. Neben den völlig Erwerbslosen waren noch 8,78 Proz. der Mitglieder zu verzeichnen, die verkürzte Zeit oder zu gekürzten Löhnen arbeiteten. Dieser hohen Arbeitslosenziffer entsprechen auch die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Die Organisation von rund 19 000 Mitgliedern, die sie am Schluß des 2. Vierteljahres 1914 hatte, mußte in den verflochtenen neun Monaten rund 228 400 M. an Unterstützung ausgeben. In eine Unterstützung der Familien der Eingezogenen war bei dem hohen Stande der Arbeitslosigkeit nicht zu denken; dies mußte den Zahlstellen aus örtlichen Mitteln zu zahlen überlassen bleiben. Diese sind der Anregung des Vorstandes auch nachgekommen und haben circa 40 000 M. dafür aufgewandt. In allen Unterstützungen zusammen wurden in den neun Monaten, einschließlich Sterbe- und Umzugsunterstützung 280 680 M. gezahlt. Diese Zahlen sind jedoch nicht vollständig, da sich nur 85 Proz. der Mitglieder an der letzten Erhebung beteiligten.

Als zum Militär eingezogen wurden von den berichtenden Zahlstellen 684 Mitglieder gemeldet, von denen leider schon 316 als gefallen, 520 als verwundet und 54 als gefangen oder vermißt gemeldet wurden.

Angesichts der trübten Verhältnisse in der Glasindustrie war es die Pflicht der Organisation, in Gemeinschaft mit den Unternehmerorganisationen bessere Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sowie entsprechend den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen die Lohnverhältnisse zu bessern. Die Bestrebungen der Organisationsleitung waren teilweise von Erfolg begünstigt. Der Verband der Flaschenfabrikanten, der seit vielen Jahren ein unerbittlicher Feind des Glasarbeiterverbandes gewesen ist, war der Einladung des Verbandes gefolgt, um in mehreren Aussprachen die Wege zur Beschaffung von Arbeit zu finden. Die Folge war nebenbei denn auch die Anerkennung der Organisation und der Arbeiterausschüsse in einer Reihe größerer Fabriken. Bei den Verhandlungen wurde von der Organisation der Arbeiter besonderes Gewicht darauf gelegt, daß ein Zusammenarbeiten nicht nur vorübergehend sein möge, sondern daß Normen geschaffen werden sollten, nach denen sich ein dauerndes Zusammenarbeiten ermöglichen läßt. Dies sei durch Abschluß von Tarifverträgen möglich. Auch auf dem Wege der Arbeitsvermittlung müßten Änderungen geschaffen werden. Jetzt befindet sich diese völlig in den Händen der Industriellen, und manche Erbitterung ist dadurch bei den Arbeitern erzeugt worden. Die Zahl der Arbeiter, die nicht vermittelt wurden und ins Ausland gingen, ist nicht gering. Der deutschen Glasindustrie wurden dadurch gute Kräfte entfremdet, die sich das Ausland nutzbar machte, wodurch der deutschen Flaschenindustrie eine nicht unbedeutende Konkurrenz bereitet wurde. — Eine Regelung der Arbeitszeit herbeizuführen, liegt im Interesse der gesamten Industrie und der Arbeiterschaft. Die gegenwärtige Arbeitszeit ist für einzelne Betriebe zu lang und leidet darunter die Gesundheit der Arbeiter. Wie notwendig es aber sei, eine gesunde Arbeiterschaft zu besitzen, zeige die gegenwärtige Zeit, in der die Kraft jedes einzelnen gebraucht werde. Die Industriellen sagten in der darauf folgenden Diskussion Verbesserung zu und dürften weitere Verhandlungen schließlich zu einem günstigen Resultate führen.

Die Verhandlungen haben dann auch zu Lohnzulagen geführt, so in Gerresheim, Dresden, Birges und Osterwald. Weiter haben die Fabriken in Stralau und Westerhüfen in Verhandlungen mit den Arbeitern diesen Lohnzulagen bewilligt. Vom Arbeitgeberverband Deutscher Glasfabriken ist leider ein Entgegenkommen noch nicht zu melden. Im Gegenteil haben eine Anzahl Mitglieder dieser Organisation während der Kriegszeit Abzüge gemacht, oder den Versuch dazu unternommen. Wie wollen die Hoffnung aber nicht aufgeben, daß das gute Beispiel der erfindungsreichen Unternehmerorganisation auch nachahmend auf den Arbeitgeberverband wirken wird.

Ob es gelingen wird, auch andere Arbeiterwünsche durch eine Aussprache zu erledigen, muß abgewartet werden. Der Schussverband hat Abwehrschüsse eingeführt und dieses System wird selbst jetzt in der Kriegszeit in der rigorosesten Weise gehandhabt. Zeit wird es, daß auch auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung die Arbeiter als gleichberechtigter Faktor von den Unternehmern anerkannt werden. Zu einer Zeit, wo Deutschlands Arbeiter auf den Schlachtfeldern ihr Blut vergießen — auch im Interesse der deutschen Industrie — muß es für alle einschichtigen Unternehmer eine Selbstverständlichkeit sein, in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses auch dieser Arbeiterschaft das gleiche Recht einzuräumen.

Mühevoller Fleischaufkäufe.

Beim Fleischverkauf der Stadt Berlin wiederholen sich Klagen, ähnlich denen, die wir früher über den Kartoffelverkauf bekannt geben mußten. Die Fleischverkaufsstelle, die an der Thier- und der Eidenauer Straße auf dem Schlachthofgrundstück eingerichtet ist, hat einen ganz außerordentlich großen Zulauf an Kauflustigen. Die meisten müssen Stunden hindurch auf Abfertigung warten, weil ungeachtet des starken Andranges der Verkauf auf die vier Tage Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag und auf die vier Vormittagsstunden $\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{12}$ Uhr beschränkt wird. Vorsichtige Leute, die das „Vergnügen“ eines Einkaufes hier schon kennen gelernt haben, finden sich lange vor Beginn schon in der Morgenfrühe ein. Wenn dann um $\frac{1}{8}$ die ersten Käufer eingelassen werden, stehen draußen auf der Straße bereits einige Hunderte von Wartenden mit ihren Taschen und Körben in Reich und Mangel unter Aufsicht der Polizei. Manche Frauen haben sich Feldstühle mitgebracht, auf denen sie es sich bequem zu machen suchen. Andere hocken auf der Bordschwelle, die eine weniger bequeme Sitzgelegenheit bietet. Jede sucht auf ihre Art sich die Zeit zu vertreiben, in Geduld oder in Ungeduld, plaudernd, stöhnend, lesend, ihren Gedanken nachhängend, über die Lebensmittelsteuerung klagend, über die mangelhafte Einrichtung dieser Verkaufsstelle schimpfend, und so weiter. Noch dauert der Zutritt zum Fleischverkauf, so daß noch andere Hunderte sich hinter den vorn Wartenden aufstellen müssen. Kundige kommen aber nicht mehr nach 9 Uhr, denn da haben sie wenig Aussicht, an diesem Tage überhaupt noch abgefertigt zu werden. Zahlungen, die in den letzten Tagen dort angeordnet wurden, brachten ganz merkwürdige Ergebnisse. Am Freitag hatten sich früh um 7 Uhr bereits über 200 Personen vor der Verkaufsstelle angeammelt, und am Montag standen früh um $\frac{1}{9}$ Uhr etwa 400 Personen wartend auf der Straße. Am Freitag ergab eine durch 20 Minuten fortgesetzte Beobachtung, daß in dieser Zeit 30 Personen nach Abfertigung aus dem Verkaufsraum traten, und am Montag stellten wir in derselben Weise für eine Zeit von 30 Minuten 40 Personen als abgefertigt fest. Hiernach wäre pro Stunde eine Abfertigung von nur 90—100 Personen anzunehmen, so daß man im voraus ungefähr berechnen kann, wie viele der Wartenden bei Schluß der Verkaufszeit trotz mehrstündigen Ausharrens doch noch unabgefertigt werden nach Hause gehen müssen. Schon gegen 11 Uhr geben manchmal Polizeibeamte den letzten Reichen der Wartenden den guten Rat, nur ruhig wieder heimzugehen, da für sie doch keine Aussicht mehr besteht, noch heranzukommen. Eine Käuferin, die am Freitag wieder die „Freuden“ eines solchen Fleischaufkaufes über sich ergehen ließ, teilt uns mit, daß sie diesmal von 7 bis $\frac{1}{11}$ ausgehalten hatte. Das sind „nur“ $3\frac{1}{4}$ Stunden. An einem der vorhergehenden Tage war sie erst um $\frac{1}{9}$ angetreten und mußte dann nach 8 Stunden um $\frac{1}{12}$ sich auf den Heimweg machen, ohne daß sie den Spieß hatte laufen können, den sie ihrem im Felde stehenden Mann zugedacht hatte. Man kann sich denken, daß solche Zurückweisung nach langem vergeblichen Warten bei den davon Betroffenen eine Enttäuschung weckt, die sich manchmal in erregten Worten äußert. Besonders in diesen heißen Tagen war es ein ganz oporter „Genuß“, einen Vormittag hindurch bis um $\frac{1}{12}$ auf der Straße zu stehen und dabei die Duffe des Viehhofes einzatmen und sich dann mit leeren Händen wegschleichen zu lassen. Man sagt uns, daß es den Angestellten der Verkaufsstelle nicht möglich sei, die Kauflustigen rascher abzufertigen und immer bis $\frac{1}{12}$ die vielen Hunderte zu befriedigen. Daß das Personal nicht ausreicht, scheint zuzutreffen. Wir begreifen aber nicht, warum man dann nicht mehr Personal einstellt oder in der Nachbarschaft noch eine andere Verkaufsstelle schafft. Vielleicht würde auch schon einiges gebessert, wenn man den Verkauf nicht auf diese viermal vier Stunden pro Woche beschränkt. Frauen, die daheim ein kleines Kind zu besorgen haben, oder solche, die für den Erwerb arbeiten und daher mit ihrer Zeit geizen müssen, können bei solchen Zuständen die Fleischverkaufsstelle überhaupt nicht benutzen. Es ist dringend zu wünschen, daß in der einen oder der anderen Weise dem Uebel abgeholfen wird, und zwar allerhöchsteinstens.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Aufmerksamkeit wieder einmal auch auf die Verkaufsstelle für Freibankfleisch lenken, die sich, in der Thierstraße weiter aufwärts, gleichfalls auf dem Schlachthofgrundstück befindet. Hier, wo das Fleisch zu billigerem Preise verkauft wird, ist der Andrang noch sehr viel stärker — und noch sehr viel härter die den Käufern zugemutete Geduldprobe. Im Morgengrauen, ja zu nächstlicher Stunde, finden hier Kauflustige sich ein, um dann bis zum Vormittag auszuhalten. Das klingt fast ungläublich, aber es wird uns auf das bestimmteste versichert, daß dem so sei. Am Montag zählten wir früh um 8 Uhr vor der Freibank-Verkaufsstelle etwa 600 Personen, aus deren vordersten Reihen ein alter Mann und Klage, daß er seit längerer Zeit nicht abgefertigt habe. Es ist doch geradezu toll, daß einer solche Mühen auf sich nimmt und nehmen muß, um sich sein bißchen Fleisch zu sichern. Langt's denn nicht bei der Freibank, dieser Verkaufsstelle eine zweite in der dortigen Gegend beizulegen? Sie könnte, wenn man sie in der Nähe einrichtete, einen großen Teil der Käufer ablenken und den Andrang auf ein erträgliches Maß mindern.

Aus Groß-Berlin.

Aus der Geschichte des Friedrichshains.

Fünfundsechzig Jahre sind es her, daß die Berliner Stadtverwaltung den Beschluß faßte, vor dem Prenzlauer und dem Königsfor einen Erholungsplatz anzulegen, der mit seinem Namen Friedrichshain dem Gedächtnis an Friedrich den Großen gewidmet sein sollte. Nicht sonderlich schön sah es damals vor den Diktoren Berlins aus. Felder, Wiesen, Gärtnereien, kleine Gehölze und Gehölze wechselten in hunderter Folge. Die Berliner mußten, wenn sie nicht nach dem Tiergarten pilgern wollten, weit über schlechte Feldwege und mangelhafte Chaussees wandern, um sich im geschlossenen Grünen zu erholen. Im Osten, der schon damals die Anzeichen trug, daß er einer der bevölkersten Berliner Stadtteile werden würde, fehlten größere öffentliche Parkanlagen gänzlich. So war es mit Dank zu begrüßen, daß die Stadt gleich etwas Ordentliches, das sich dem Tiergarten im Westen würdig an die Seite stellen konnte, schaffen wollte. Die Pläne zum Friedrichshain stammten von dem städtischen Gartendirektor Gustav Meyer, der später als Glanzwerk seines Lebens auch den Treptower Park, in dem sein Denkmal steht, und im Norden den Humboldthain schuf. Es dauerte aber doch noch mehrere Jahre, bis mit der Ausführung auf den ersten 150 Morgen begonnen werden konnte. Für diesen Geländeraum waren die Kosten auf den gegen heute lächerlich geringen Betrag von 71 000 Talern veranschlagt worden. Am 18. August 1848 wurde inmitten der der ersten gärtnerischen Anlagen das Friedrichsdenkmal enthüllt, geschenkt von dem Berliner Bürgerdeputierten Freitag,

modelliert von Rauch, gegossen von Frießel, dem Meister aus dem Jüdenhof. Im Sommer 1853 war die Parkfläche schon auf 180 Morgen angewachsen. Durch den Bau des Krankenhauses am Friedrichshain gingen 1868 zunächst 10 Hektar verloren, die aber bald durch weitere Grundstücksankäufe eingeholt wurden. So entstand in den Jahren 1874 bis 1876 der sogenannte neue Friedrichshain, der sich bis zur Elbinger Straße erstreckte. In diese Zeit fällt auch die Herstellung des großen Kinderspielflazes. Vor drei Jahren zeigte der Friedrichshain den Berlinern seinen schönsten, weit über Berlin hinaus berühmt gewordenen Schmuck durch die Eröffnung des Märchenbrunnens von Ludwig Hoffmann und Ignaz Taschner. Was seinen Volksschichten gerade dieser Park abgesehen von seiner Naturherrlichkeit so lieb und teuer macht, sind allbekanntlich die in ihm vereinigten Gräber der Märzgefallenen.

Bestrafung der Sparsamkeit.

Mit dieser Ueberschrift teilten wir (in Nr. 144) mit, daß trotz allem in jetziger Zeit immer wiederholten Mahnungen zur Sparsamkeit und trotz der in den Gaswerken gegebenen Anleitung zur Sparsamkeit beim Gasverbrauch doch die Gaswerke der Stadt Berlin die bei Gasautomaten leider vor einigen Jahren wieder eingeführte Nachzahlung für zu geringen Verbrauch einem kleinen Gasverbraucher noch kürzlich mit 30 Pfennig abgenommen hätten. Hierzu schreibt uns jetzt die Deputation der städtischen Gaswerke, sie habe „bereits bei Ausbruch des Krieges angeordnet, daß während der Kriegsdauer von den Minsgasabnehmern eine Nachzahlung für die unter dem vorgeschriebenen Mindestverbrauch bleibende Gasentnahme nicht zu leisten ist“, es könne sich daher bei jener Nachzahlung von 30 Pf. nur um eine „anderweitige Schuld“ oder um ein „bedauerliches Versehen“ handeln. Daß nach Kriegsausbruch versprochen wurde, die Nachzahlung für Mindestverbrauch nicht mehr zu fordern, sagten wir schon in jener Notiz. Nach den Angaben, die uns bei dem betreffenden Gasabnehmer gemacht worden sind, weiß weder er noch seine Frau etwas von einer „anderweitigen Schuld“. Es bliebe dann die Annahme, daß ein Versehen vorliegt. Aber wir wollen der Gaswerksdeputation, die eine Unteruchung versprochen hat, in ihrer Entscheidung nicht vorgreifen. Nur das wollten wir jetzt nochmals öffentlich feststellen, daß jene Nachzahlung in der Kriegszeit nicht gefordert wird. Noch erfreulicher wäre es, wenn sie auch nach Beendigung des Krieges nicht wieder eingeführt würde. Daß jetzt die Gaswerke selber eine Erziehung zur Sparsamkeit im Gasverbrauch versuchen, ist ein sehr dankenswerthes Bemühen, aber das soll hoffentlich auch über den Krieg hinaus seine Wirkung behalten. Da wird man doch wohl nicht die den kleinen Abnehmer empfindlich treffende Bestrafung der Sparsamkeit, wie leider bis zum Kriegsausbruch, nach Friedensschluß wieder für zulässig erklären wollen?

Warnung für Kornblumensucher.

Der Landrat des Kreises Teltow erläßt folgende Bekanntmachung:

Zahlreiche Klagen aus landwirtschaftlichen Kreisen geben mir Anlaß, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, daß bestraft wird, wer sich unbefugt vor beendeter Ernte über Wiesen oder bestellte Acker bewegt.

Abgesehen von der Strafbarkeit liegt es aber ganz besonders im Hinblick auf den Ernst der Zeit im allgemeinen Interesse, das Betreten von Getreidefeldern und Aekern zu unterlassen. Es ist zu bedenken, daß durch das Niedertreten der Halme ein entsprechender Verlust an Brotgetreide hervorgerufen wird. Besonders schädlich wirkt aber das verbotswidrige Sammeln von Kornblumen und dergleichen.

Ich darf erwarten, daß schon dieser Hinweis genügen wird, Unberechtigte von dem Betreten bestellter Felder abzuhalten, und dies als eine patriotische Pflicht anzusehen. Sollte aber dem Verbote trotzdem zuwidergehandelt werden, so würden verschärfte Strafmaßnahmen gegen diese Personen in Anwendung kommen müssen, welche unbefugt bestellte Acker betreten.

Die Orts- und Ortspolizeibehörden werden ersucht, mit aller Strenge einzuschreiten, wenn diese Warnung ferner unbeachtet bleibt; gegen Zuwiderhandelnde ist unbedinglich Strafanzeige zu erstatten.

Ermäßigung der Kartoffelpreise.

Eine weitere Ermäßigung der Kartoffelpreise tritt in den städtischen Verkaufsstellen ein. Der Magistrat hat den Höchstpreis nunmehr auf 45 Pf. für 10 Pfund festgesetzt. Den Händlern werden sie zum Preise von 4 R. abgenommen. Bei Abnahme ab Lagerstelle oder Bahnhof beträgt der Abnahmepreis 3,75 R. pro Zentner. Private, Speiseanstalten usw. zahlen bei der Abnahme von der städtischen Lagerstelle in Mindestmengen von 10 Zentnern 4 R. Anfragen sind an das städtische Bureau für Kartoffelversorgung, Stralauer Str. 3—8, zu richten.

Zum Arbeitsnachweis für kaufmännische und technische Angestellte.

Der Werkmeisterverband für das Deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Verufe hat folgende Eingabe an den Magistrat gerichtet:

Der Vorstand bedauert das (ablehnende, D. Red.) Verhalten des Magistrats um so mehr, als die Gründe, die wir seinerzeit in unserer Eingabe anführten, jetzt noch zu Recht bestehen. Gerade in den Kreisen der Werkmeister ist durch den Krieg eine große Anzahl stellenlos geworden beziehungsweise mit verkürztem Gehalt beschäftigt worden, das allerdings in letzter Zeit wieder in der alten Höhe gezahlt wird. Durch das Zurückfallen der zahlreichen Werkmeister, die jetzt im Felde stehen, beim Friedensschluß wird eine Katastrophe hervorgerufen werden, die durch Bestehen eines städtischen Arbeitsnachweises nach unserer Ansicht in gesünderer Bahnen gelenkt würde, da durch die zahlreichen Angebote auf offene Stellen ein Unterangebot in bezug auf Gehalt und sonstige Vergünstigungen leicht herbeigeführt werden könnte. Nicht ohne Grund haben sich die Arbeitgeber der Errichtung des Nachweises widersetzt, da durch einen öffentlichen Nachweis die Gehaltsangebote bekannt würden und sie zwingen würden, die Gehälter und Löhne, die von seiten der Angestelltenorganisationen ihren Mitgliedern bei Stellenannahme empfohlen werden zu zahlen.

Wir hoffen, daß bei der Wiedereinbringung des Antrages der Magistrat den Wünschen der Angestellten Rechnung tragen wird und der Errichtung eines städtischen Nachweises keine Bedenken mehr entgegenzusetzen werden.

Hochstapler und Schlafstellenwindler.

Ein gefährlicher Hochstapler und Schlafstellenwindler wurde von der Kriminalpolizei in Nichtenberg unerschädlich gemacht. Er ist ein 32 Jahre alter Erwin Schaebler, der sich Schriftsteller nennt und zuletzt unter dem falschen Namen Dr. Hans Köhler auftrat. Schaebler, der von vielen Staatsanwaltschaften und Gerichten fleißig gesucht wurde, hatte sich in der letzten Zeit, durch den falschen Namen und Veränderungen in seinem Aussehen verdeckt, in Neukölln eingenistet. Hier stahl er einer Wirtin in der Pfäfersstraße aus dem

Schreibtisch, den er in ihrer Abwesenheit erbrach, für 120 Mark Schmuckstücken. Viel schlimmer noch erging es einer anderen Frau, die dem „Herrn Doktor“ volles Vertrauen geschenkt hatte. Der Hochstapler entprekte ihr nach und nach, zum Teil unter Bedrohung mit dem scharfgeladenen Revolver 2000 Mark. Um nicht bloßgestellt zu werden, war die Bedrängte gezwungen, ein Stück ihrer Wirtin nach dem andern zu verkaufen, weil sie auf andere Weise kein Geld heranschaffen konnte. Nach seinem letzten Diebstahl in Neukölln entfloh der Schwindler und Erpresser, der gemeingefährlich geisteskrank sein soll, nach Nichtenberg und mietete sich dort wieder unter einem falschen Namen ein. Jetzt wurde er aber ermittelt und festgenommen.

Straßenbahnunglück in Halensee.

In Wilmsdorf, an der Ecke des Kurfürstendamms und der Joachim-Friedrich-Straße, stießen am Sonntagabend bei klarem Wetter zwei Straßenbahnzüge, die beide überfüllt waren, zusammen.

Dort fuhr der aus drei Wagen bestehende Zug der Linie 88 von hinten kommend mit solcher Gewalt auf den an der Ecke haltenden Zug der Linie 88, daß der offene Anhängelwagen der Linie 88 vorn in die Höhe gedrückt wurde und so stehen blieb. Die Plattformen der Wagen wurden fast sämtlich beschädigt und die auf ihnen befindlichen Personen zum größten Teil verletzt, darunter mehrere so schwer, daß sie sofort ärztliche und Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen mußten.

Die beiden Straßenbahnwagen trafen um $\frac{1}{2}$ Uhr im Straßenbahnhof Westfälische Straße ein.

Die Zahl der Leichtverletzten ist groß, die der Schwerverletzten soll angeblich nur ganz gering sein.

Ueber die Ursachen des Unglücks gehen die Meinungen auseinander. Während der Fahrer behauptet, die Bremse habe versagt, sagt die Direktion der Straßenbahn das Gegenteil. Sie teilt mit:

„Die in Gegenwart des Vertreters der Aufsichtsbehörde vorgenommene Untersuchung des Straßenbahnzuges, der gestern Abend in einen anderen Straßenbahnzug hineinfuhr, hat ergeben, daß die Bremsen vollständig in Ordnung waren. Der Führer des Zuges ist vor 18 Jahren als Fahrer ausgebildet worden, hat dann bis zum Oktober 1914 als Schaffner Dienst getan, dann eine neue Ausbildung im Fahrdienst erhalten, auf Grund derer er seitdem als Fahrer tätig war. Im Augenblick des Unfalles war er sechs Stunden im Dienst, nachdem er vorher eine 2½stündige Ruhepause genossen hatte. Die Anzahl der Verletzten konnten wir einwandfrei erst im Laufe dieses Vormittags feststellen, da sich eine größere Anzahl der Leichtbeschädigten nach Hause begab, ohne sich zu melden. Die Schwerverletzten wurden teils von der Feuerwehr, teils mittels Autos von dritten Personen fortgebracht. Größere Wunden erlitten 5 Personen, über allgemeine Schmerzen klagten 8, über Herdenoch und Schreck 14; leichte Hautabschürfungen und Schnittwunden 4 Personen.“

Aus der Unfallchronik der Straßenbahn.

Zwei Straßenbahnunfälle, durch unvorsichtiges Auspringen auf den Perron eines fahrenden Straßenbahnwagens verursacht, werden vom Sonntag gemeldet. Herr Hugo Schlauder kam dabei in der Eckartstraße, Ecke Eichhornstraße zu Fall und wurde vom Triebwagen am rechten Fuß überfahren. — Ein gleicher Unfall ereignete sich in der Turmstraße, Ecke der Bremer Straße; ein Fräulein Emma Heide wollte während der Fahrt die Plattform eines Wagens der Linie 11 besteigen, kam zu Fall und wurde vom Triebwagen überfahren. Der Unfallhabende wurde der rechte Fuß abgequetscht.

Ein dritter Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagabend in Brigg, Chausseestraße. Auf dem Triebwagen 1008 der Linie 28 Richtung Wittenau schlug während der Fahrt aus dem Hinterkontrollspind des Gefährtes eine Stachelkammer heraus. Zwei junge Mädchen, die auf der Plattform standen, sprangen aus Furcht, von der kleinen Stachelkammer verletzt zu werden, ehe die Mitfahrenden sie daran verhindern konnten, herab, kamen zu Fall und erlitten eine leichte Gehirnerschütterung. Die Mädchen erhielten in dem Kreisstrankehause Brigg die erste Hilfe und konnten sich dann in ihre Wohnungen begeben. — Am Sonntag, mittags gegen 12 Uhr, wurde in Tempelhof vor dem Hause Berliner Straße 55 der fünfjährige Knabe Wpelt von einem in der Richtung Mariendorf herannahenden Triebwagen der Linie 70 angefahren, umgestoßen und von dem Fangkorb aufgenommen. Das Kind erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und wurde, nachdem ihm erste Hilfe zuteil geworden, in die elterliche Wohnung gebracht.

Ein schwerer Straßenausfall hat sich gestern nachmittags gegen 6 Uhr in der Alexanderstraße ereignet. Dort wollte die gerade von ihrer Arbeitsstätte kommende 30jährige Arbeiterin Maria Fall aus der Hoffhäuserstraße 17 in Schöneberg den Fahrradweg überqueren, als plötzlich vom Alexanderplatz her ein Radfahrer in rasendem Tempo heranfuhr. Da die Fall trotz der Jurens der Vorübergehenden nicht rechtzeitig ausweichen konnte, wurde sie ungerissen und mit großer Wucht auf das Straßenpflaster geschleudert. In bestmöglichen Zustande wurde die Verunglückte nach der Unfallstation in der Reibelstraße gebracht, wo der Arzt einen Schädelbruch, mehrere Rippenbrüche und einen Bruch des rechten Schlüsselbeins feststellte. Nach Anlegung von Rotverbänden wurde die Schwerverletzte nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus transportiert, wo sie in sehr bedenklichem Zustande daniederliegt.

Im Kinderhaus findet wieder unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege statt, mit praktischen Übungen, wöchentlich einmal. Meldung schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 97, von 2—6 Uhr.

Brand in Nichtenberg. In Nichtenberg an der Habel ist das viel besuchte Lokal von Karl Freund am Sonntag zum Teil abgebrannt. Der Brand kam in einem Stall vormittags um 8 Uhr zum Ausbruch und ergriff noch vor Anbruch der Feuerwehr die Wirtschaftsgebäude. Bei dem Brande sind mehrere Schweine und Hühner umgekommen. Die Entstehung wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

Von der Berliner Feuerwehr. Ein großer Brand beschäftigte die Berliner Feuerwehr am Sonntag in der Straße am Nordhafen am Landwehrkanal. Dort stand früh um 1 Uhr auf dem großen Grundstück Nr. 5 ein Schuppen mit Wagen und ein Pferdestall in Flammen. Diese hatten infolge der lang anbauenden Dämme sehr schnell eine reiche Ausdehnung genommen. Obgleich von den zahlreichen Hausbewohnern sofort versucht wurde, die Pferde des Fuhrunternehmers Vergmann in Sicherheit zu bringen, erlitt ein der Pferde und wurde nachher im Stalle verlohrt aufgefunden. Auch die übrigen Pferde haben unter dem Qualm sehr gelitten. Die Feuerwehr griff sofort mit mehreren Schlauchleitungen kräftig an, sie konnte aber nicht mehr verhindern, daß mehrere Wagen eines Schmiedemeisters und Fuhrags mit dem Pferdestall stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Entstehungsurache war noch nicht aufzuklären. Man vermutet, daß der Brand durch Unvorsichtigkeit beim Verlassen des Pferdestalles entstanden ist.

Bei einem Brande in einer Wohnung in der Kleinen Frankfurter Straße 10 erlitt eine Frau Korlus so schwere Verletzungen am Kopf und den Weinen, daß Samariter der Wehr sie schleunigst nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain bringen mußten. Dort wurde die Verwundete verbunden. — Bei einem Küchenbrande am Gröbenufer 6 zog sich eine Person leichte Brandwunden zu. — Im Wiener-

schwärze einzufangen, rüdten Feuerwehnmänner nach der Fildigstr. 31, Friedrichsberger Str. 4 und anderen Stellen aus.

Ein gefährlicher Brand kam am Montag in der Chausseestr. 72 zum Ausbruch. Dort brannten auf dem Hofe Papierabfälle unter großer Qualmentwickelung. Diese war so intensiv, daß die Rohr- führung nur mit Schuttagapparaten vorgehen konnten. Schließlich gelang es die Flammen zu ersticken. Dem Feuer sind erhebliche Mengen Papierabfälle zum Opfer gefallen.

Verloren wurde am Sonntagmorgen in Saalwinkel-Tegefort eine schwarze Handtasche mit Inhalt. Der Finder wird gebeten, seine Adresse in der Filiale Expedition von Mars, Greifenhagener Straße 22, abzugeben.

Kleine Nachrichten. Am Spandauer Schiffschleusenkanal stahlen Drahtdiebe von drei Fernspreckleitungen gegen 200 Meter Kupfer- draht, der drei Millimeter stark ist. Vor Anlauf des Metalls wird gewarnt. — Von einem Kraftwagen wurde gestern in der Münzstraße ein etwa 40 Jahre alter Mann überfahren. Der Verunglückte, der einen schweren Schädelbruch erlitt und noch dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht wurde, ist mittelgroß, hat einen blonden Schnurr- und Spitzbart und trug einen dunklen schabhaften Jackett- anzug, eine graue Mütze, alte Stiefel und keine Strümpfe. — Auf einer Aushaubung vom Tode überrascht wurde vorgestern abend ein Arbeiter Otto Neumeier, dessen Verhältnisse noch nicht näher bekannt sind. Man fand ihn auf dem Mittelsteig der Christianiastraße vor dem Hause 116a tot daliegen. Wahrscheinlich hat ihn der Schlag gerührt.

Aus den Gemeinden.

Die Berliner Brotkarten in Köpenick.

Bekanntlich durften bis jetzt nur wenige Sommerwirte an die Groß-Berliner Ausflügler Brot abgeben. Jetzt hat der Magistrat beschloffen, daß sämtliche Bäcker und Brothändler sowie diejenigen Gastwirte, die überhaupt zur Abgabe von Brot an die Landtschaft berechtigt sind, gegen Berliner Brotkarten Brot an Ausflügler ver- kaufen können.

Aus der Gemeindevertretung von Alt-Glienick.

In der letzten Sitzung wurde zunächst die Einführung des neu- gewählten Gemeindevertreters, des Tischlermeisters Möbius, vor- genommen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Sicher- ung der Erntearbeiter in der diesjährigen Feldmark, der zu einer lebhaften Debatte Anlaß gab. Ein von der Feldkommission eingebrachter Antrag verlangte, da zur neuen Ernte nicht genügend Erntearbeiter vorhanden sind und deshalb Gefangene herangezogen werden sollen, daß die Gemeinde sofortlos die hiesigen Gemeindearbeiter für die Ueberwachung bereitstelle. Die Landwirte wären wohl bereit, die Bedingungen für die Verpflegung der Gefangenen zu übernehmen, aber sie könnten nicht nach die Kosten der Ueberwachung tragen. Der Gemeindevorsteher Weidmann entgegnete darauf, daß die Ge- meinde den Landwirten schon entgegenkommen und diese Kosten aus Gemeindegeldern bestreiten müßte. Es sei eine vaterländische Pflicht, die Landwirtschaft zu unterstützen, denn die Landwirte leiden am schwersten unter den jetzigen Verhältnissen. Wollte man sämt- liche Kosten für die Gefangenen den Landwirten aufbürden, so könnten sie ihre Produkte nicht zu mäßigen Preisen auf den Markt bringen. An den bisherigen Preissteigerungen seien auch die rapide in die Höhe gegangenen Landarbeiterlöhne schuld. Genosse Wil- helm Dürre trat dieser Auffassung energisch entgegen und wies in längerer Ausführung nach, daß die ganze Vorlage nur dazu an- getan sei, den eigenen Säckel der Landwirte zu füllen. Auch einige bürgerliche Vertreter traten nunmehr dem Ansinnen der Landwirte entgegen, so daß für Annahme des Antrags keine Aussicht mehr be- stand. Auf Antrag des Genossen Partel wurde beschloffen, eine genaue Aufstellung der Kosten, einschließlich der Ueberwachung, vorzunehmen und die Feldkommission beauftragt, bei den Land- wirten eine Umfrage zu halten, ob sie für die neu aufzustellenden Preise Gefangene haben wollen. Als Vertreter der anwesenden Landwirte erklärte Herr Haberecht, daß er sich dann lieber einige Arbeiter und mehrere Frauen nehme und ihnen etwas mehr Lohn zahle, denn wisse er wenigstens, daß seine Ernte zeitig und gut hereinkomme. — Sodann lag ein Gesuch der Eisenbahnverwaltung vor um Ermächtigung der Gemeinden Alt-Glienick und Grünau zur Abdeckung der Wegeunterführung unter der Gölitzstr. Bahn, die infolge der Anlage der Teilstrecke der südlichen Umgehungsbahn notwendig sei. Die Tragung der Kosten sollen die Gemeinden über- nehmen. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß die Gemeinde Grünau die Erstattung der Kosten ablehne wegen des geringen Aufwandes, das Grünau daran habe. Genosse Dürre betonte die Notwendigkeit dieser Unterführung. Der im Bescheidungsplan vor- gesehene Straßenzug müsse dort durch, weil ja dann auch der Bahn- stützungsgegnungen sei, eine Station zwischen Adlershof und Grünau anzulegen. Nach kurzer Debatte wurde demgemäß einstimmig be- schloffen.

Der Gemeindevorstand empfahl dann noch, einen am 18. April dieses Jahres gefaßten Beschluß aufzuheben, der den Abschluß eines Gegenseitigkeitsabkommens mit der Stadtgemeinde Berlin wegen der Erwerbslosenunterstützung bezweckt. Begründet wurde der An- trag damit, daß eine Arbeitslosigkeit erwartungsvoll nicht besteht und daß auch in absehbarer Zeit keine zu erwarten sei. Genosse Wilhelm Dürre und der Vertreter Kahler traten dieser Ansicht des Ge- meindevorstandes entgegen, sie waren der Meinung, daß das Gegen- teil eintreten würde, sobald der Krieg zu Ende sei. Es wird dann nach wie vor Pflicht der Gemeinde sein, sofort energisch zur Be- kämpfung der Arbeitslosigkeit einzugreifen. Genosse Partel be- antragte, diesen Beschluß nicht aufzuheben, sondern mit Berlin in Verhandlung zu treten über die Verbeibehaltung der Unterstützung, und zwar nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern darüber hinaus, damit auch im Frieden die Erwerbslosenunterstützung erhalten bleibe. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit ange- nommen.

Es folgten dann die Ergänzungswahlen für verschiedene Kom- missionen. Für die Schuldeputation, in der trotz wiederholter Wahl unsere Genossen noch nie Vertütigung erlangt haben, wurde jetzt Genosse Müde vom Gemeindevorstand vorgeschlagen. Vom Ge- meindevorsteher wurde die Annahme des Vorschlages warm em- pfohlen, weil sehr Bedenken für die Bestätigung nicht mehr vorlägen und in größeren Ständen Sozialdemokraten schon als Stadträte be- stätigt wurden. Die Wahl durch Stimmzettel ergab einstimmige Annahme des Vorschlages.

Kinderveranstaltungen.

Neußh. Morgen, Mittwoch, Spieldausung nach dem Spielplatz der Freien Turnerschaft Neußh. Brig. Abmarsch 2 Uhr vom Widenbruchplatz.

Wariendorf. Am Mittwoch findet statt der Kinderspiele ein Spaziergang statt. Treffpunkt 1/3 Uhr am Rathaus, Kaiserstraße.

Aus aller Welt.

Doppelmord in Forst (Pausin).

In Forst (Pausin) wurde am Sonntag früh die 40 Jahre alte Witwe Anna Philipp und deren 12 Jahre alte Tochter Frieda von dem Kraftwagenführer Matthias Streaten ermordet. Der Frau ist der ganze Schädel des Hinterkopfes mit einem Hammer eingeschlagen worden, während das Kind schwere Verletzungen am Auge und Kniebein aufwies, die auch von Hammerschlägen her- rührten. Der Mörder wurde von herbeigeholten Polizeibeamten noch in der Wohnung überrascht und warf nach einem von ihnen zweimal mit einem Messer. Der Beamte gab daraufhin drei Schüsse auf den Mörder ab, die diesen trafen und lahmfähig machten. Er wurde

dann festgenommen und gab die Tat nach längerem Zeugnen zu, ohne bestimmte Gründe anzugeben.

Eine Brotkarte für den Varen.

Am 8. Uhr-Abendblatt der „Nationalzeitung“ wird über eine originale Gerichtsverhandlung wie folgt berichtet: In Eberfeld war ein Menageriebesitzer aus Remscheid wegen Vergehens gegen das Verfüren von Brot und Getreide angeklagt. Der Angeklagte ist Besitzer eines Prachtbären, der aber so wüßerig ist, nur Brot zu fressen. Als die Brotkarte ein- geführt wurde, teilte der Angeklagte großmütig seine Brotkarte mit Meister Bek, wurde aber, als die Torte herauskam, vom Schöffengericht in Eberfeld zu zwei Monaten Gefäng- nis verurteilt. In der Berufungsinstanz machte er zu seiner Entschuldigung geltend, daß er das Tier nicht eingehen lassen könne, da er aus ihm seinen Erwerb ziehe. — Das Gericht berücksichtigte das Eigenartige des Falles und ermäßigte die Strafe auf 100 M. Geldstrafe. Zugleich gab es dem Angeklagten den Rat, sich mit einer Eingabe an den Regierungspräsidenten zu wenden, damit dieser die Fütterung des Tieres mit Brot gestatte. Der Vär wird also, wenn der Regierungspräsident auf das Gesuch eingeht, in den Besitz einer Brotkarte gelangen.

Eine feine Pleite.

Der im vorigen Jahre erfolgte Zusammenbruch des Bankhauses F. E. Jörger in Baden-Baden (Bankier Anton Müller) ist endlich in seinen finanziellen Ergebnissen von Konkursverwalter festgestellt. Es soll den Gläubigern eine Abschlagsverteilung von 2,5 Prozent vorgeschlagen werden. Hierzu sind verfügbar: 114 745,22 M. und zu berücksichtigten an festgestellten Forderungen ohne Vorrecht 2 188 900,22 M.

Bestraftes Gefangeneminteresse. Einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge wurde ein Wiesbadener Privatmann zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, weil er im Gefangenens- lager Grieseheim einem Franzosen eine Zigarre zu- gesteckt hatte.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. 94., 96. und 97. Bezirk. Gemeinshaftlicher Jahlabend im Lokal des Genossen Vert, Kottb. 29.

Vierter Wahlkreis. Am Mittwoch, den 9. Juni, finden in nach- stehenden Abteilungen gemeinschaftliche Jahlabende statt: Abteilung 1. Bei Felsmann, Draniensstr. 180. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Böhner.

Abteilung 2. Bei Schwarz, Langestr. 53. Vortrag des Reichs- tagsabgeordneten Genossen Kräßig über: „Der Lebensmittel- wucher“.

Abteilung 2A. Bei Guib, Warshauer Str. 61.

Abteilung 4. Bei Redow, Rigaer Str. 54. Vortrag des Stadtratsordneten Genossen Adolf Ritter über: „Die Ansprüche der Kriegsverletten und der Kriegshinterbliebenen“.

Abteilung 5. Bei Busch, Tilsiter Str. 27. Vortrag des Ge- nossen M. Klingler über: „Versorgung der Kriegsteil- nehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen“.

Treptow-Baumtschulenkreis. Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet für den Kreis Baumtschulenkreis ein gemeinsamer Jahlabend mit einem Vortrag des Genossen Richard Lamm im Lokal von August Krause, Stehholzstr. 249, statt.

Für den Kreis Treptow finden Bezirks- Jahlabende statt. **Stralau.** Mittwoch, den 9. Juni: Jahlabend für alle Bezirke bei Schulz, Parkstraßendamm 6.

Weihenker. Der Jahlabend fällt am Mittwoch in allen Bezirken aus. Dafür findet an demselben Tage, abends 8 1/2 Uhr, eine Mitglieder- versammlung im Vereinshaus, Charlottenburger Str. 150, statt. Tages- ordnung: „Der Krieg und die Internationale“. Referent: Genosse Dr. Rudolf Breitscheid.

Niederschönhausen-Bezirk. Jahlabend im Lokal des Genossen Otto, Sachfenstr. 23. Bericht aus der Lebensmittellkommission.

Nordhau. Jahlabend der Bezirke 1-4 im Lokal des Genossen Albrodt, Badenerstr. 5.

Mariendorf. Am Mittwoch, den 9. Juni, findet ein gemein- samer Jahlabend bei Herold, Chausseestr. 284, statt. Tagesordnung u. a.: Vortrag der Genossin Regina Huber.

Köpenick. Der Juni-Jahlabend fällt aus.

Adlershof. Der Jahlabend fällt am Mittwoch aus; der Termin der Mitgliederversammlung wird noch bekanntgegeben.

Alt-Glienick. Mittwoch, den 9. d. Mis., abends 8 Uhr, im Lokal von Reier, Straße am Falkenberg: Gemeinshaftlicher Jahlabend.

Waldseele. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Warendorf, Bäckerstr. 7: Gemeinshaftlicher Jahlabend.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche, Friedrichstr. 112: Gemeinshaftlicher Jahlabend. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen A. Cohen über: „Der Krieg und die Arbeiter“.

Neuenhagen a. O. S. Bahn. Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 9. d. Mis., abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Häfcher, Poststr. 12, statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisverwaltung. 2. Die weitere Erstzung des Wahlkreises. — Die Frauen der Kriegsteilnehmer sind besonders eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV, Ge- rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Quittungs- und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Größtenteils Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

100. Zeh. N. 1. Sie gelten für dienstuntauglich und sind ausgemustert. 2. Es ist Ihnen zu empfehlen, Antrag auf Beschleunigung bei der Landes- versicherungskassastelle zu stellen. — **G. G. 13.** Eine Reklamation ist in diesem Falle zwecklos, da Ihr Einkommen für dieses Jahr höher angenommen wird. — **K. 5. 1.** Die Unterstützung wird Ihnen in diesem Falle jedenfalls entzogen werden, da keine Bedürftigkeit vorliegt. 2. Absolu- ten Anspruch darauf haben Sie nicht; Sie können es aber mit einem Antrage versuchen. — **A. N. 2.** Unterstützung für die Schwester wird nicht gewährt werden; Sie können höchstens um Armeunterstützung ein- kommen. — **B. G., Vichtenberg 7.** Nein. — **M., Pantow.** Land- sturm ohne Waffe; Armierungssoldat. Kameraden und Krampf- abern. — **M. B. 87.** Die Ausmusterung im Paz bedeutet, daß der Betreffende den Kämpfen nicht unterliegt. Wird er aber per- sönlich zur Musterung geladen, so muß er dieser Folge leisten.

M. K. 11. 1. Das können wir Ihnen jetzt nicht mehr sagen, da wir die Anträge nach Erledigung sofort dem Papierkorb übermitteln. 2. Das können wir unmöglich wissen. — **C. A. 99.** Zur Werbung sind Sie nicht verpflichtet. Eine nochmalige Musterung aber ist nicht möglich aus- geschlossen. — **M. R. 33.** Ja. — **G. Z. 38.** Wenn Sie heiraten, kommt die Unterstützung natürlich in Wegfall. — **H. 7. 20.** Bezirks- kommando, I. Ersatzabteilung II. — **Z. W. S. 1888.** 1. Wir weisen zu der Annahme, daß Sie, wenn Sie Ihre Stellung dort verlassen würden, als Ausländer interniert werden können. Sonst ist für das Aufgehen der Stellung doch nur der geschlossene Vertrag gültig. 2. Auf ein Gesuch von der Lehranstalt wäre ein Befreiung wohl möglich. 3. Ja. 4. Spanische Postkass (Abteilung für Russen), Berlin, Hebenamstraße 4.

Anna 176. Die Wirtin kann zur Eintragung nicht gezwungen werden. Sie müssen die Rente bis zum Ablauf des Vertrages zahlen; eventuell können Ihnen Sachen gepfändet werden. — **G. B. 4.** Die Unterstützungen sind für Groß-Berlin die gleichen und würde Ihnen also dadurch kein Schaden entstehen. — **H. B.** Sie haben kaum Aussicht, noch eingezogen zu werden. — **H. Z. 50.** Das erste Zeichen bedeutet: garnisondienst- fähig. Die zweiten Zeichen bedeuten: Infanterie, Kriegsdienstuntauglich. Ihnen den beiden Zeichen besteht kein Unterschied. — **Neonit.** Sie müssen das Gemeindeamt anrufen. — **M. R. 38.** 1. Der Reichstag hat einstimmig den Wunsch geäußert, den Verurteilten freie Fahrt zu gewähren. Bisher ist eine Verordnung darüber noch nicht erlassen. 2. Nein. — **M. 8910.** Beantragen Sie jetzt Mietszuschlag. Es steht im Belieben des Unternehmers, wenn er die Unterstützung zahlen will. — **G. S. 20.** Ja. — **J. M. 50.** Senden Sie sich an die Igl. Kasse, Unterwasserstr. 2/4. — **G. S. 1.** Wauerstraße. Uns nicht bekannt. — **H. G. 51.** Nein. — **S. 53.** Wenden Sie sich an die Friedrich-Wilhelmsanstalt für Arbeit- same, Vereinigtes Bureau des Magistrats. — **H. S. 60.** In Frage käme vielleicht die holländische Wälschinnen-Arbeitsinstanz, Anienstr. 163/65. — **M. 20 A.** Ihr Mann muß vor dem Vormundschaftsgericht des Bezirks, in dem Sie wohnen, seine Einwilligungserklärung in öffentlich beglaubigter Form abgeben; außerdem müssen Sie und der Vormund des

Kindes Ihre Einwilligung zur Namensänderung geben. Der Vater des unehelichen Kindes ist zum weiteren Unterhalt verpflichtet. — **Wedding.** Landsturm ohne Waffe; Arbeitssoldat. — **J. 51.** Sie können nochmals gemustert werden. — **G. S. 100.** Veruchen Sie es mit einem Antrag beim Kommandeur des Regiments Ihres Stammes. — **A. Zahl.** Den Nachweis über den Verdienst vom ersten Quartal dieses Jahres zu erbringen, würden wir Ihnen raten, abzulehnen. — **J. 22.** 1. Ein Testament ist nötig. Anweisung dazu erhalten Sie bei uns in der Sprechstunde. 2. Das Geld ist Eigentum der Ehefrau

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Eine Preisübersicht.) Montag, den 7. Juni 1915. Fleisch: Rindfleisch, per 50 kg, Tafel- fleisch Ia 100-118, do. IIa 90-100, do. IIIa 75-90; Sülzfleisch Ia 100-110, do. IIa 87-99; Rühle, fett 83-98, do. mager 70-82, do. dünnfleisch 88-95, Pfeffer 80-100, Pfeffer, dünnfleisch, 00-00; Sülz, dünnfleisch, 88-95; Kalbfleisch, Doppelender 165-185; Walschfleisch Ia 128-142, do. IIa 118-128; Rühler ger. gen. 75-100, do. dünn, 75-100, do. holl. 00-00, Hammelfleisch: Mastlamm 125-130; Hammel Ia 115-121, do. IIa 105-114; Schale 103-115; do. holl. 00-00. Schweinefleisch, Schweine, fett 00-00, sonstige 145-165, dünn, Saunen 00-00, dünn, Schweine 130-145, do. schwedische 135-145, do. holländische 135-150. Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 0,00; weiße Kaiserkrone 1,00; Magnum bonum 0,00; Boltmann 0,00; Borner, Schod 0,80-1,00; Sellerie, Schod 3,00-8,00; Spinat 50 kg 10,00-30,00; Kohlraben, 50 kg 7,00-10,00; Kohlraben, Schod 0,00-0,00; Petersilien, Schod 4,00-10,00; Petersilienwurzel, Schod 4,00-6,00; Zwiebeln 50 kg 0,00-0,00; Rabieschen, Schod 1,00-1,50; Waldmeister, Ranzel 0,00-0,00, Gurken, Gorgaster, 100 Stk. 0,00, Khabarber, Hamb. 100 Bund 2,00-2,50, do. 100 Stangen 0,00-0,00, do. hiesiger 100 Bund 1,00-2,00, do. Bierländer, 100 Bund 1,00-1,20, Tomaten, Gorgaster, 1/2 kg 1,00, Spargel, Beeliger I 1/2 kg 0,00-0,40, do. Beeliger II 1/2 kg 0,18-0,25, do. Beeliger III 1/2 kg 0,04-0,12, do. unorientiert 1/2 kg 0,20-0,25, do. Würstchen I 1/2 kg 0,20-0,30, do. II 1/2 kg 0,15-0,25, do. III 1/2 kg 0,05-0,12, Salat, Schod 0,50-1,50, Rettiche, daberische, 100 Stk. 12-15, Kohlrabi, Schod 1,50-2,00. Obst und Südfrüchte: Stacheln, 1/2 kg 0,45-0,60, Stachelbeeren, unreife, 50 kg 17-20, Erdbeeren 1/2 kg 0,60-0,80, do. holl. Röhre 20-24, do. Röhre 1/2 kg 0,60-0,80, Zitronen: Messina 100 Stk. 22-26, do. 300 Stk. 22-26, do. 150 Stk. 8-12, do. 50 kg 12-15, Apfelsinen: Murcia 200 Stk. 17,00-20,00, do. 300 Stk. 18,00-20,00, Spanische, 420 Stk. 30,00-35,00, do. 714 Stk. 38,00-46,00, do. 1064 Stk. 40,00-43,00, do. 420 Stk. large 40,00-45,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag. Ueberall warm. Im allgemeinen trocken und größtenteils heiter. Nur an wenigen Orten weißlich der Oder leichte Gewitter.

Todes-Anzeigen

Christoph Gimbel
im 60. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Warzahn aus statt.
Die trauernde Witwe Marie Gimbel.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 4. Juni unser Mitglied, der Maurer

Christoph Gimbel
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Warzahn aus statt.
Abfahrt Bahnhof Friedrichshofe 2,40 Uhr.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Agnes Jaffke
Gemeinshaftertrage 18, Gruppe 21.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Begräbnisplatz in Warzahn statt.

Gustav Rückbrecht.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Glas-Kirchhofes, Nordend, aus statt.
140/19 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach- richt, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Gustav Kernicke
Beimstraße 23
im Alter von 60 Jahren ver- storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 8. Juni, nach- mittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Ahrenshofe aus statt.
Abfahrt 2,6 Uhr Brögeler Bahn.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sierhe kasse der deutschen Wagenhauer.
Bezirk 18.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Wilfried Tygór
Stralauer Allee 22a
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 8. Juni, nach- mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs- hofe aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Heinrich Bleeck.
Sein aufrichtiges und ehrliches Charakter wird uns stets ver- anlassen, ihm ein dauerndes An- denken zu bewahren. 18406
Die Maschinenmeister der Druckerei „Woche“ und „Tag“

Willi Elter
im Alter von 26 Jahren.
Ein braver, ruhiger und opfer- williger Kollege, die einzige Stütze eines alten Mutter, der sein junges Leben fürs Vaterland.
Ehre seinem Andenken!
282/6 Der Vorstand.

Emma Jaenicke
lagen wie hiermit allen Teilnehmern, insbesondere dem Genossen F. Jubel für seine treuehellen Worte, sowie dem Gefangenen Kreuzberger Har- monie unseren herzlichsten Dank.
1852b F. Jaenicke und Töchter.

Dankjagung.
Für die große Beteiligung bei der Versicherung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter
Anna Brückner
geb. Schmidt
sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Robert Brückner
nebt Tochter.